

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Liberaler Täuschungsversuche.

So alt die deutsche Sozialdemokratie ist, so alt ist auch die Klage des deutschen Liberalismus, daß die Spaltung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft die Junker zu Herren Deutschlands mache. Bei der Klage ist es geblieben. Niemals haben die deutschen Liberalen sich zu der Erkenntnis aufzuschwingen vermocht, daß sie für einen guten Teil ihres Weges den Bestand der Sozialdemokratie erhalten könnten, wenn sie sich entschließen würden, eine ehrliche demokratische Politik zu treiben. Sie haben es niemals versucht, niemals versucht, mit der Sozialdemokratie einen ernstlichen Kampf gegen die Junker zu führen. Vielmehr waren sie allezeit bereit, der Reaktion Trostdienste gegen die Sozialdemokratie zu leisten, und von jeher versuchten sie, die Arbeiterpartei durch schossige Bekämpfung zu vernichten. Und als sie schließlich einsehen mußten, daß ihre Kräfte und Mittel dazu nicht ausreichten, daß sie das stetige Wachstum des proletarischen Massenbewußtseins nicht aufzuhalten vermöchten, und als es ihnen selbst immer trauriger und trauriger ging, da setzten sie ihre Hoffnung auf eine Umwandlung der Sozialdemokratie. Auf eine Umwandlung, die aus der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die der bürgerlichen Gesellschaft unveröhnlich gegenüber steht, eine possibilistische Sozialreformerpartei macht, die Frieden schließt mit dem kapitalistischen System und ihre Truppen den liberalen Offizieren als willige und lenkbare Mannschaft zur Verfügung stellt. Wie das Auskommen des Revisionismus diese liberalen Hoffnungen üppig ins Kraut schießen ließ und sie immer wieder getränkt hat, das bildet ein nicht unwichtiges Stück der deutschen politischen Geschichte des letzten Jahrzehnts.

Heute geht es dem deutschen Liberalismus schlimmer als je. Er stöhnt im wildesten Blodschlagenjammer. Um so mehr bedarf er der tröstenden Hoffnung. Da er sie in 'er eigenen Kraft nicht finden kann, so ist's leicht verständlich, daß das „Berliner Tageblatt“ mit Begier eine Gelegenheit ergreift, um die schöne Hoffnung auf die Umwandlung der Sozialdemokratie neu zu beleben.

Das Erscheinen einer Broschüre, die einen Vortrag Eduard Bernsteins wiedergibt,*) gibt dem Blatte diese erwünschte Gelegenheit. Allerdings, da auch diese Hoffnung schon solange den Liberalismus genarrt hat, ist das „Tageblatt“ vorsichtig in seiner Prophezeiung; es schiebt den Termin, zu dem sie sich erfüllen muß, ins Ungewisse hinaus. Kommen wird die Umwandlung, sagt das „Tageblatt“, aber nur langsam, nur allmählich.

Diese Hoffnungen des Liberalismus gehen uns nun sehr wenig an, und täte das liberale Blatt nichts weiter, als sie auszusprechen, so läge keine Veranlassung vor, uns damit zu beschäftigen. Aber der Artikel des Blattes sucht auch den Anschein zu erwecken, als beständen schon heute zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus in der politischen Praxis eigentlich nur noch geringe Unterschiede, als stünden eigentlich in der Hauptsache nur noch theoretische Anschauungen trennend zwischen beiden Parteien, ja noch weniger als das. Sagt doch das „Tageblatt“ an einer Stelle gar: „Würden nicht bisweilen künstliche Differenzen geschaffen, würde nicht die Sozialdemokratie die eine oder die andere Forderung übertreiben, nur um konkurrenzlos zu bleiben, so müßte sich diese sachliche Übereinstimmung noch deutlicher zeigen. . .“ Ueber die mit einer erheblichen Dosis naiver Unverschämtheit gemischte Verstandlosigkeit für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie so oft genötigt ist, die liberalen Forderungen zu überbieten, wollen wir uns hier nicht weiter auslassen, ebenso verzichten wir darauf, im einzelnen aufzuzeigen, wie groß die Unterschiede zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie sind „in Verfassungsfragen wie in Fragen der Kultur, der Justiz, der Steuern, des Militärs, der Marine und der sozialpolitischen Gesetzgebung“, obgleich beide Parteien in diesen Fragen im Reichstage häufiger zusammen gestimmt haben mögen, denn umgekehrt. Dagegen müssen wir uns näher beschäftigen mit der Darstellung, die der Artikel von der Stellung gibt, die die Sozialdemokratie in der Frage der Reichsfinanzreform zum Liberalismus einnimmt. Darüber sagt er nämlich:

„Man wird zugeben müssen, daß auch eine Finanzreform, die von einem „Mod der Linken“ gemacht werden müßte, keine leichte Sache wäre. Doch auch hier liegt die Schwierigkeit nicht so sehr auf praktischem Gebiet, als in der grundsätzlichen Abneigung der Sozialdemokratie, dem „Gegenwartigkeitsstaat“ überhaupt neue Mittel zu bewilligen. Soweit es sich um die Einführung einer quotifizierbaren direkten Reichsteuer handeln würde, wäre jedenfalls die Sozialdemokratie leicht zu haben. Nur daß mit direkten Steuern allein die Reichsfinanzen nicht saniert werden können. Wohl aber darf die liberale Linke auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen, wo es die Abwehr volksfeindlicher Vorschläge und Maßnahmen, wie der reaktionären Finanzprojekte der Kumpflommission gilt . . .“

*) Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. Ein Vortrag, gehalten in Amsterdam vor Akademikern und Arbeitern von Ed. Bernstein. Mit einem Anhang: Leitfaden für ein sozialdemokratisches Programm. Amsterdam 1909. Verlags-Gesellschaft Martin G. Cohen Nachfolger.

Hier liegt ein gröblicher Versuch vor, die liberale Deffentlichkeit über die Stellung der Sozialdemokratie zu täuschen. Gewiß ist die Sozialdemokratie durchaus abgeneigt, dem kapitalistischen Staate neue Mittel zu bewilligen — aber ihre Grundzüge verbieten ihr sicherlich nicht, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Handelte es sich, wie das „Tageblatt“ es darzustellen sucht, also nur darum, ob an die Stelle schlechter, volksbedrückender oder Industrie und Gewerbe schädigender Steuern solche Steuern treten sollten, die den Besitz belasten, so wäre für die Sozialdemokratie sofort entschieden, welche Haltung sie einzunehmen hätte. Die Sache liegt doch aber so, daß die Annahme der quotifizierbaren direkten Steuern nur die Brücke ist, auf der der Liberalismus zur Bewilligung indirekter Steuern, zur Bewilligung volksausbeutender Verbrauchssteuern gelangen würde. Steuern, die der Liberalismus oder wenigstens sein entschiedener Flügel nur unter Druck seines Programms und feierlicher Parteitagserklärungen bewilligen kann und die er doch sofort zu bewilligen bereit ist, sofern er die Erbschaftsteuer, und sei es selbst in grausamerer Verformung, zugestanden erhält. Die Frage, was hier größeres oder kleineres Uebel ist, kann die Sozialdemokratie sich kaum noch stellen, wenn alle bürgerlichen Parteien darin einig sind, vier Fünftel der neuen Steuerlast auf die Schultern der breiten Masse abzuladen, wenn sich der ganze Kampf innerhalb der bürgerlichen Reihen nur noch darum dreht, wie das eine Fünftel aufgebracht werden soll, das man der Masse nicht mehr direkt aufzubürden wagt. Wo ist auch nur die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes mit dem Liberalismus in der Finanzreform, wenn dieser Liberalismus gegen eine kleine Gegenleistung sofort bereit ist, Tausende und Abertausende armer Tabakarbeiter um ihre Existenz zu bringen und die übrigen auf Jahrzehnte hinaus zum langsamen Hungertod zu verurteilen!

Nein, es ist nicht die „grundsätzliche Verbohrtheit“ der Sozialdemokratie, die es hindert, daß sie auf dem Gebiete der Finanzreform mit dem Liberalismus in gemeinsamer Front kämpfe — es ist die traurige Grundlosigkeit des deutschen Liberalismus, die das verhindert. Zwischen ihm und der Sozialdemokratie steht die Bereitwilligkeit des Liberalismus, seine feierlich verkündeten Grundzüge zu verraten, sobald ihm die Sozialdemokratie aus der Tasche geholt hat!

Sollte das das „Berliner Tageblatt“ nicht wissen? Es sagt am Schlusse seines Artikels, daß die liberalen Parteien um so eher auf „die weiten Kreise innerhalb der Sozialdemokratie“ einwirken können, die „der revolutionären Phrase müde sind“, je entschiedener die liberalen Parteien „selbst für die Erweiterung der Volksrechte und für den sozialen Fortschritt eintreten“. Dasselbe „Berliner Tageblatt“ aber erklärt sich im selben Artikel mit einer Bewilligung indirekter Steuern einverstanden, die den sozialen Fortschritt auf schlimmste Weise hemmen, indem es sagt, daß ohne indirekte Steuern die Reichsfinanzreform nicht zu machen ist. Was soll die Sozialdemokratie von solchem Segenteil von Konsequenz halten?

Das „Tageblatt“ steht auf dem linken Flügel des deutschen Liberalismus. Auch der hat den deutschen Arbeitern als Finanzreform nur ein Steuerbrot zu bieten, das aus vier Fünfteln indirekter Steuern besteht! Und dieser Liberalismus träumt von einer allmählichen Umwandlung der Sozialdemokratie zu einer liberalen Partei!

Die deutschen Arbeiter werden es nach alledem verstehen, wenn wir an die Widerlegung solcher Hoffnung nicht ein Wort verschwenden!

Das bewährte Zentrumsprogramm.

Das Zentrum hat bekanntlich kein Parteiprogramm, man müßte denn die wenigen nichtsagenden Sätze, mit denen die ultramontanen Fraktionen im Reichstage und im preussischen Landtage 1870 und 1871 sich anbludeten, für ein Programm halten. Fragt man das Zentrum nach seinen Grundzügen und Forderungen, so pflegt es auf seine Tätigkeit im Reichstage und in den Landtagen, namentlich aber auf die Kundgebungen seiner bewährten Führer hinzuweisen, in deren Luth sich das Programm der Partei verkörpere. Auf einen dieser bewährten Führer, der viele Jahrzehnte lang eine hervorragende Stelle unter den Ultramontanen einnahm, möchten wir heute aufmerksam machen, da bei ihm in der Tat das Zentrumsprogramm in sehr entschiedener Weise zum Ausdruck kommt.

Peter Reichensperger ließ im Jahre 1850 als Abgeordneter der preussischen Zweiten Kammer eine Schrift erscheinen mit dem bezeichnenden Titel: „Keine Einkommensteuer!“ Sie war veranlaßt worden dadurch, daß Reichensperger bei den Verhandlungen über die Einführung der Einkommensteuer und Aufhebung der Maß- und Schlagssteuer nicht zu Worte gekommen war und das Bedürfnis fühlte, seine ablehnende Haltung gegenüber der Einkommensteuer vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Reichensperger begann seine Schrift mit folgenden Sätzen:

„Das Urteil über Wert und Unwert der Maß- und Schlagssteuer im allgemeinen hängt eng mit dem Urteil über indirekte Steuern zusammen, da die ersten größtenteils die Vorzüge und Nachteile der letzteren teilt. Nach welcher Seite hin sich die Waagschale dabei neigt, das dürfte bei unbefangener Prüfung kaum zweifelhaft sein. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die Theorie der Staatswissenschaftslehre in dieser Hinsicht noch nicht als völlig abgeschlossen zu betrachten ist, so kann wenigstens nicht bestritten

werden, daß die zahlreichsten und gewichtigsten Autoritäten sich zum Vorteil der indirekten Steuern erklären. Noch weit unferubarer hat sich aber die Praxis der zivilisierten Völker für dieselben ausgesprochen; ja, es scheint, daß sich sowohl Regierungen wie Völker je nach dem Maße politischer Entwicklung immer einhelliger und entschiedener für die indirekten Steuern erklären.“

Reichensperger zählt nun die „Hauptvorzüge“ der indirekten Steuern auf, die darin bestehen sollen, daß sie ohne Verlegen des Eindringens in die Lebens- und Vermögensverhältnisse der Staatsbürger erhoben werden, daß sie ohne Reste und ohne Zwangsbeiträge eingehe, daß sie endlich dem Staatshatze ohne merklichen Druck reiche Hilfsquellen eröffnen und mit dem steigenden Wohlstande des Landes wachsen — Gründe genug, um den wackeren Volkstreu und Glaubensstreiter Reichensperger, der bei allem christlichen Vorkenntnis ein „verlehnendes Eindringen in die Lebens- und Vermögensverhältnisse der Staatsbürger“ verabscheute, zum begeisterten Anhänger und Fürsprecher der indirekten Steuern zu machen.

Die Regierung hatte in ihrer Denkschrift gegen die indirekten Steuern angeführt, daß dadurch „der gemeine Mann gegen den Wohlhabenden überbürdet“ und ihm „ein Teil seines sauer verdienten Einkommens entzogen“ werde. Das will Reichensperger nicht gelten lassen. Er beruft sich auf Adam Smith, David Ricardo und andere, daß mit dem Sinken und Steigen der Lebensmittelpreise auch der Lohn des Arbeiters sinke und steige, und wenn die Wirkung der Leischa auch nicht plötzlich folge, wenn bei steigenden Lebensmittelpreisen der Lohn zunächst auch unverändert bleibe, so sorge die Auswanderung und größere Sterblichkeit der Arbeiter doch für den nötigen Ausgleich insofern, als das geringere Arbeitsangebot wieder zur Erhöhung des Lohnes führe. Man erkennt daran, daß der Ultramontane, wenn es seinen Zwecken entspricht, selbst die „Wissenschaft“ des sonst so verachteten Liberalismus akzeptiert.

Reichensperger warnt alsdann davor, die Maß- und Schlagssteuer aufzuheben, da dadurch bei anfangs gleichbleibendem Lohne die Lage des Arbeiterstandes verbessert und die Einwanderung in die Stadt gefördert werde; er nennt die Aufhebung der indirekten Kommunalsteuern eine „Prämie auf die Vermehrung des Stadtproletariats, die sich bald und ernst strafen muß.“ Dann heißt es:

„Man vergesse nicht, daß nach Aufhebung der Maß- und Schlagssteuer mit den dringenderen Gründen auch die Aufhebung der Salzsteuer, der Branntweinsteuer, der Stempelsteuer und der Eingangsabgaben im Totalbetrage von 87 Millionen Taler und deren Erzeugung durch direkte Steuern gefordert werden wird. Das ist die notwendige Konsequenz des ersten Schrittes, der Anfang jener finanziellen Anarchie, den allerdings die Umsturzpartei mit allen Kräften erstrebt, weil sie wohl weiß, daß ein zerrüttetes Budget der Anfang des Endes ist. Und was ist es, was die Staatsregierung an Stelle der Maß- und Schlagssteuer vorschlägt? Gerade wiederum diejenige Steuer, die die Partei des Umsturzes mit Wut fordert, diejenige Einkommensteuer, die die auf allgemeines und direktes Wahlrecht basierte Reichsrepublik nach erlangtem Siege in der Nationalversammlung noch auf den Barrikaden der Hauptstadt gegen die soziale Räuberrepublik besiegen mußte und besiegt hat!“

Reichensperger beschwört die Junischlächtererei der Pariser Ordnungshelden herauf; er wendet sich an den konservativen Sinn der Staatsmänner, denen es als ein Hauptbedenken gegen die Einkommensteuer gelten sollte, „daß dieselbe notwendig zu sozialistischen Konsequenzen führe und daß namentlich die progressive Einkommensteuer, jener Anfang der sozialistischen Konfiskation, kaum mit dauerndem Erfolge abgewehrt werden könne“. Er schließt mit der Mahnung an die Volkvertreter, sich bezüglich der Steuerreform nicht in eine falsche Sicherheit gegenüber dem konservativen Ministerium Brandenburg einwiegen zu lassen:

„Bedenke man vielmehr, daß auch das Ministerium sich dem Zentrum zugänglich erwiesen hat, denn es ist ja dasselbe Kabinett, das bereits unerklärlicher Weise in unser geschriebenes Recht die Unentgeltlichkeit des Volkunterrichts, also eine Institution eingeführt hat, die bisher nur von der sozialen Republik gefordert worden ist. Dringt das Ministerium auch mit der gegenwärtigen Forderung durch, so ist sehr zu befrachten, daß es eines Tages dem Lande größere Gefahren vermag, als es bei seinem Beginn vorgefunden und so siegreich überwunden hat.“

Reichensperger war also die reaktionärste Regierung, die Preußen je gehabt hat, das Ministerium Brandenburg-Planteuffel, noch zu radikal; befürwortete es doch die Einführung der Einkommensteuer und hatte es doch die Unentgeltlichkeit des Volkshulunterrichts durchgesetzt — sich also an Bestrebungen beteiligt, deren sich höchstens „soziale Räuberrepubliken“ schuldig machen!

Im übrigen ist Reichenspergers Schrift aus dem Jahre 1850 eine Kundgebung, die, von Besonderheiten im einzelnen abgesehen, von programmatischer Bedeutung für die Zentrumspolitik ist. Genau wie Reichensperger ist das heutige Zentrum der stärkste Schutz und eifrigste Verfechter des indirekten Steuersystems, genau so ist es ein Gegner des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, genau so ist es ein Feind wirksamer Volksbildung. Und genau wie Reichensperger gegen die soziale Republik, so hegt das Zentrum wider die Sozialdemokratie, in der es diejenige Macht fürchtet, die mit der Entrechtung, mit der Ausplünderung und mit der Verdummung des Volkes aufträmen will.

Geheimbundsprozess gegen russische Studenten.

Dresden, 9. Juni 1900.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute ein Geheimbundsprozess gegen mehrere russische Studenten und Arbeiter, die Mitglieder der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein sollen. Im März d. J. erregte die Verhaftung einer Anzahl am Technikum in Wittweida, in Darmstadt und anderwärts studierender Russen Aufsehen. Es wurde bei dieser Gelegenheit eine Reihe Schriften beschlagnahmt und die Staatsanwaltschaft glaubte Anhaltspunkte zu haben, daß es sich hier um eine geheim gehaltene „Auslandsorganisation“ der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei handele. Die Anklage behauptet, daß das Zentralkomitee sich in Basel befunden und daß von Deutschland aus in sechs Monaten annähernd 18000 M. gesammelter Unterstützungsgelder dort hingeliefert worden seien. Angeklagt sind die Studenten Grinblatt, Pestin, Ananassjew, v. Udalcot, Kalinis, Kragan, die Studentin Wessadin, die Techniker Seine und Greden, Ingenieur Kruglikow, der Tabakarbeiter Rosan und Kaufmann Soboleff. Die Angeklagten befinden sich sämtlich in Untersuchung, Seine und die Studentin Wessadin haben sich durch die Flucht der Verfolgung entzogen.

Dem Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Duerbig, als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Wiese, Dr. Cohn-Berlin, Dr. Liebnecht, Dr. Häbler und Dr. Knoll, als Dolmetscher Vorkassensekretär Heine. Verteidiger Dr. Cohn beantragt noch die Ladung verschiedener Zeugen. Als Sachverständiger soll Schriftsteller Buchholz fungieren. Bei Stellung dieser Anträge kommt es zu einer Polemik zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger. Der Vorsitzende sagt erregt: „Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Sache etwa wie in Berlin auf das politische Theater hinausspielen wollen... wir sind hier nicht dazu da, um Sensation zu machen.“ — Vert. Cohn weist diese Unterstellung zurück. Im Interesse der Verhandlung wäre es besser, wenn derartige unmotivierte Anzweiflungen der Sachlichkeit unterbleiben würden. — Vert. Liebnecht bezweifelt die Unparteilichkeit des vom Gericht geladenen Sachverständigen Heine von der russischen Votschaft. Seine Uebersetzungen seien nicht ganz frei von Schöngern. Die russische Votschaft sei aber auch nicht ganz unbeteiligt. Man müsse ihr gegenüber sehr vorsichtig sein. Er erinnere nur an den Königsberger Geheimbundsprozess, wo festgestellt wurde, daß der Sachverständige der russischen Votschaft nicht nur fahrlässig, sondern absichtlich eine Uebersetzung des Textes vorgenommen hatte. — Der Gerichtshof beschloß, den von der Verteidigung geladenen Schriftsteller Buchholz vorläufig als Sachverständigen zuzulassen, ebenso den Vorkassensekretär Heine.

Die Anklage wirft sämtlichen Angeklagten vor, von Mitte Juni 1900 bis zum März d. J. an der Auslandsorganisation der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei teilgenommen zu haben. Rosan soll sich der Beihilfe hierzu und Greden der Begünstigung schuldig gemacht haben. Der Angeklagte Grinblatt bestreitet das Bestehen einer Auslandsgruppe der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Es bestünde vielmehr nur eine Organisation zur Unterstützung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der er angehört. Die preussische Regierung wisse genau, daß in den verschiedenen Städten Gruppen der Organisation beständen. Es handele sich hierbei keineswegs um eine geheime Organisation im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches. Beweis dafür sei, daß die Protokolle und Drucksaften von jedermann gekauft werden können. Wenn die Staatsanwaltschaft aus den sogenannten Dedadressen entnimmt, daß die Sache geheim gehalten werden sollte, bemerke er, daß die Russen sehr oft die Adressen wechseln, deshalb erscheine es zweckmäßig, feste Adressen zu haben. Es zwingt aber auch dazu die Tätigkeit der russischen Spitzeln im Auslande. Von diesen rührten auch die Erklärungen des Kriminalkommissars Poffelt und der Staatsanwaltschaft her. Die falschen Unterschriften, die ihnen zur Last gelegt werden, seien ganz harmloser Natur und in Rußland üblich. Er benennt mehrere Beispiele dafür, u. a. auch einen Staatsanwalt. (Große Heiterkeit.) Als Stifter und Vorsteher könne er ebenfalls nicht in Frage kommen. Wenn er sich schuldig gefühlt hätte, hätte er flüchten können, denn er hatte zehn Tage Zeit dazu. — Angeklagter Student Pestin gibt dieselbe Darstellung. — Angeklagter Student Ananassjew bestreitet, Mitglied einer Gruppe zu sein, von deren Bestehen er nur oberflächliche Kenntnis hatte. — Angeklagter Student v. Udalcot erklärt, zwei Wochen Mitglied der Gruppe gewesen zu sein, nachdem er vor Weihnachten die Bekanntschaft von zwei Leipziger Mitgliedern gemacht hatte. Er erhielt während dieser Zeit 17 M. und verwendete es zur Unterstützung eines Arbeiters. Später schickte er Geld an Grinblatt. Auf dem Postabschnitt stand offen, daß das eine Schuld der Leipziger Gruppe sei. Auf Verlangen des Vorsitzenden, ob er wüßte, daß es sich um eine geheime Organisation handle, erklärt der Angeklagte, die geheimen Handlungen richten sich lediglich gegen russische Spitzeln. — Angekl. Kaufmann Soboleff bestreitet, Mitglied der Leipziger Gruppe gewesen zu sein. — Angekl. Ingenieur Kruglikow gibt zu, Mitglied der Darmstädter Gruppe gewesen zu sein, aber nicht Vorsteher. — Vert. Liebnecht will dem Gericht ein Buch überreichen, das Mitteilungen über die Gründung und über die Arbeiten der Darmstädter Gruppe enthält. Daraus gehe hervor, daß der berüchtigte A few Gründer und Vorsteher der Gruppe sei. — Das Gericht unterstellt diese Behauptung als wahr. — Angekl. Student Kragan nahm in Wittweida nur für einen Freund Briefe an. Es wurden bei ihm zwei Karten gefunden, in der ersten ist von der Organisation eines Vortrages die Rede, in der zweiten flüchtig der Referent seine Ankunft an und bittet, ihn vom Bahnhof abzuholen. — Angekl. Tabakarbeiter Rosan gab die Dedadresse von Dresden ab. Er bestreitet, das gewußt zu haben. Von einer bestehenden Organisation hatte er keine Ahnung. — Angekl. Student Kalinis gab die Dedadresse für Darmstadt. Ein Freund, der nach Ludwigshafen abreiste, bat ihn um Uebersendung der Korrespondenz, die er an ihn adressieren wolle, um eine feste Adresse zu haben. Er willigte ein und erfuhr aus russischen sozialdemokratischen Zeitungen, daß in Darmstadt eine Gruppe oder so etwas Ähnliches bestehen solle. — Angeklagter Techniker Greden soll Mitglied der Gruppe Wittweida gewesen sein. Er erklärt, nichts von einer Existenz der Gruppe gewußt zu haben. Er lebte getrennt von seinen Landsleuten; den Heine, der lungenkrank war, habe er, da er so schlecht ausseh, in seine Wohnung begleitet und bis die Nacht bei ihm. An der Flucht Heines habe er keinen Anteil.

Nach der Pause wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Zunächst wurde das Protokoll über die Basler Konferenz verlesen. An dieser Konferenz nahm Grinblatt als Delegierter der Ortsgruppe Dresden, Wittweida und Waimheim unter dem Namen Wadrot teil. Angekl. Grinblatt erklärt, daß die Beschlüsse der Konferenz sich nicht auf Deutschland bezogen. Die Agitation sollte nur unter den im Auslande lebenden Russen betrieben werden. — Als erster Zeuge wird dann Kriminalwachtmeister Poffelt von der politischen Abteilung der Dresdener Polizei vernommen. Die Ortsgruppe Dresden der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei war bei der Dresdener Kriminalpolizei nicht bekannt. Bei den Reichstagswahlen 1903 und 1907 beteiligten sich die Russen lebhaft an der sozialdemokratischen Agitation. 1903 mußte die russische Botschaft aufgelöst werden, die Wähler trugen den Stempel: Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Erst die Beschlagnahme von Briefen bei dem Angeklagten Pestin, die von Berlin aus angetrieben wurde, lieferte Beweise für die Existenz eines Geheimbundes. Ihm wurde die Anzeige von deutsch-russischen Studenten gemacht. In Wittweida wurde die Agitation der Russen so toll betrieben, daß gut gekleidete deutsche Techniker beschwerde bei der Polizei führten. Russische Studenten hatten einmal einen Schneemann als Kaiser von Rußland angekleidet und dann mit Schnee beworfen. Am 27. Februar

wurde von der Berliner Kriminalpolizei signalisiert, daß der Angeklagte Pestin den revolutionär gestimmten Schriftsteller Kananja als Redner gewinnen wollte. Die Folge war eine Hausdurchsuchung bei Pestin. Zeuge bestreitet entschieden, daß die politische Polizei durch bezahlte Spitzeln Nachrichten oder Verbindungen mit der russischen Regierung unterhalte. Auf eine Anfrage des Verteidigers Liebnecht sagt Zeuge, daß die Namen der Anzeigenden nicht genannt werden sollten. Auf eine weitere Frage, ob er Beziehungen zur russischen Votschaft unterhalte, verweigert Zeuge die Antwort. — Vert. Dr. Cohn stellt einen Weisungsantrag, daß die Angeklagten die Ortsgruppe Dresden der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht vor den preussischen Behörden, sondern aus Furcht vor den russischen Spitzeln geheim gehalten hätten, die Hand in Hand mit den untergeordneten Polizeibehörden arbeiteten. Ferner wird unter Weisung gestellt, daß die Angeklagten nicht eine Annäherung an die sozialdemokratische Partei eritreten hätten. Es werden dafür eine Anzahl Personen in Berlin, Genf, Zürich und Paris benannt, darunter auch der frühere Berliner Polizeipräsident von Windheim. — Staatsanwalt Dr. Kutz bittet den Antrag abzulehnen. — Das Gericht beschließt demgemäß, indem es die behaupteten Tatsachen zum Teil als wahr unterstellt. — Der nächste Zeuge, Kriminalkommissar Reifferscheidt genannt v. Arnim, soll nach Behauptung der Verteidigung nach der Ausweisung eines russischen Doktors aus Berlin in dessen Wohnung eingedrungen und zwei Photographien des Angeklagten mitgenommen haben. Diese Photographien habe er auf dem Polizeipräsidium vervielfältigt und sämtlichen Grenzorten und der russischen Polizei überreicht. — Zeuge Reifferscheidt erklärt, daß bei der Hausdurchsuchung keine Geschwelligkeit vorgekommen sei. Spezielle Ausfragen verweigert der Zeuge, da er das nicht die Genehmigung habe. Zeuge Czernomom ist Dolmetscher am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Er soll nach Behauptung der Verteidigung russischen Spitzeln Unterkunft gewährt haben. Der Zeuge weist davon nichts. — Der als Dolmetscher geladene Schriftsteller Buchholz bekundet sodann: Im Jahre 1900 stellte sich ihm ein Kriminalbeamter vor und bat ihn um Auskunft über russische Studenten. Für die Auskunft sei ihm eine Entschädigung geboten worden. Kamentlich habe sich ein gewisser Kzew als Spitzel hervorgetan. Zeuge sei durch ihn gründlich geläutert worden.

Die Weiterverhandlung wird sodann auf morgen (Donnerstag) vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Die Finanzminister-Konferenz.

Die Finanzminister der deutschen Einzelstaaten traten heute zu einer Vorbesprechung in der bayerischen Gesandtschaft zusammen. Es nahmen daran teil der bayerische Finanzminister v. Pfaff, Reichskassenschatzsekretär Sydow, der preussische Finanzminister v. Rheinbaben, der sächsische Ministerpräsident und Finanzminister v. Rügner, der württembergische Finanzminister Gehler mit dem Ministerialrat Schleehaus, der badische Finanzminister Hanjell, der hessische Finanzminister Dr. Gnauch, der lippische Staatsminister Freiherr v. Gebekot und andere. Die offizielle Konferenz wird erst morgen, Donnerstag, beginnen. Außer den Ministern werden zu der Konferenz auch die Mitglieder der Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr zugezogen werden. Deshalb wird angenommen, daß die aus diesen Verhandlungen hervorgehenden neuen Steuerentwürfe vom Bundesrat schnellstens erledigt werden sollen, so daß sie der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 15. Juni wohl sogleich vorfinden wird. Man rechnet damit, daß sie bereits auf die Tagesordnung der Sitzung vom 16. Juni gestellt werden können. Ihre erste Lesung soll durch eine längere Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden, der bei dieser Gelegenheit den Standpunkt der verbündeten Regierungen zur Reichsfinanzreform und zu allen Steuerfragen darlegen wird.

Offiziös wird über die Aufgaben der Konferenz noch berichtet: In erster Linie wird den Ministern der Entwurf eines Reichserbverfallsteuergesetzes vorgelegt werden. Da der Ertrag hieraus schwerlich 50 Millionen Mark übersteigen wird, so sollen die noch fehlenden 50 Millionen in erster Linie durch eine Reichs-Verzinsungsteuer auf Immobilien (etwa 20 Millionen Mark) sowie durch eine Erhöhung des Effekten- und Elektrizitätssteuern werden in erster Linie, wie schon bekannt, eine Erhöhung des Kaffeezolles und eine Zündholzschonsteuer vorgeschlagen werden. Außerdem ist noch eine andere Steuer in Aussicht genommen, über die aber bisher Stillstehendes beobachtet wird. — Der Möglichkeit von Repressalien der brasilianischen Regierung wegen des Kaffeezolles glaubt die Regierung durch einen Doppeltarif begegnen zu können.

Die Reichstagswahlwahl in Halle.

Den bürgerlichen Parteien kommt der Tod des freisinnigen Reichstagsabgeordneten für Halle sehr unlegen, da sie es selbst für ziemlich wahrscheinlich halten, daß bei der Ersatzwahl der Halle'sche Reichstagswahlkreis, der über ein Jahrzehnt in unserem Besitz war, von unserer Partei zurückerobert wird. Einige bürgerliche Blätter ermahnen deshalb bereits ihre Anhänger, jede Stimmensperre zu vermeiden und trotz der heutigen Vorkämpfe zwischen rechts und links Mann für Mann für den liberalen Kandidaten einzutreten. So schreiben die „Berl. N. Nachr.“: „Das Fernwünschen im Block kann es nicht hindern, daß in einem so heiß umstrittenen Wahlkreis von der äußersten Rechten bis in die freisinnige Vereinigung hinein alle Wähler einträchtiglich das eifrige Bestreben haben, auch in der Nachwahl den gesunden vaterländischen Geist zu zeigen, der die Wahlen von 1907 ausgezeichnete, die „Hottentottenwahlen“, wie die Genossen sie in einer seltsamen Selbstherrlichkeit nennen. Dagegen läßt sich nicht verkennen, daß die Ferien, in die der Wahltermin voraussichtlich fallen wird, die bürgerlichen Siegesaussichten diesmal erheblich gefährden. Nicht nur, daß ein großer Teil der bürgerlichen Wähler sich auf Reisen befindet, auch die Studentenschaft, die sich vor zwei Jahren in selbstloser Weise in den Dienst der Sache stellte, dürfte diesmal stark gelichtet sein. Der verstorbene Abgeordnete Schmidt erlang den Sieg mit 2340 Stimmen gegen 2194, die der sozialdemokratische Kandidat Kunert erhielt; von 53413 Wahlberechtigten wurden 47214 Stimmen abgegeben. Es wird also diesmal die Aufgabe der bürgerlichen Wähler sein, aus den etwa 15 Prozent der Wähler, die 1907 nicht zur Urne kamen, den Ausfall zu decken, den diesmal die Ferien verursachen werden.“

Liberales Maulheldentum.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 8. Juni: Bekanntlich zog der hiesige Oberbürgermeister Dr. Rabe, Ratschens Schwiegersohn, im Herrenhause gegen die Lehrer und Beamten vom Leber und verlangte, daß der Staatsanwalt gegen die ihr Beschwerde geltend machenden Beamten wegen Verächtlichmachung von

Staatseinrichtungen vorgehe. Die heftigen Liberalen stimmten darob in Versammlungen und in der Presse über ihren „liberalen“ Oberbürgermeister, der an Eugen Richters Grab einen Kranz niedergelegt hat, ein mächtiges Geschrei an und verflüchtete, der „Scharfmacher Rabe“ müsse im Stadtvorordnetenkollegium wegen seines Verhaltens zur Rechenschaft gezogen werden. Was aber in der letzten Stadtvorordnetenversammlung nicht kam, war die in Aussicht gestellte Interpellation. — Der Stadtvorordnete Genosse Thiele sagte die Gelegenheit bei der Debatte über die Urlaubsbewilligung für einen Lehrer bei dem Schoppe, um das Verhalten des Herrn Rabe zu geißeln. „Rabe hatte er aber das Wort Oberbürgermeister herausgebracht, da wurde er von dem „auchliberalen“ Vorsteher, Justizrat Häring unterbrochen mit den Worten: über dies Thema dürfe nicht gesprochen werden. Als Genosse Thiele entgegnete, der Vorsteher solle doch erst einmal abwarten, was er, Thiele, sagen werde; der Vorsteher sei ein schlechter Gedankener — erhielt Thiele einen Ordnungsruf. Dann, als Thiele weiter redete, erhielt er noch einen zweiten und einen dritten Ordnungsruf und dann wurde ihm auch noch das Wort entzogen. Und die Liberalen — sahen dabei und sagten kein Wort.

Die bevorstehende Reichstagswahl wird Gelegenheit geben, mit dieser Gesellschaft gründlich abzurechnen.

Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten.

Das kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht (in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches) eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Die Ausgaben, Einnahmen, die wichtigsten Bestandteile des Staatsvermögens sowie die Schulden werden behandelt. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1900, für die Staatsrechnungen auf das Rechnungsjahr 1899.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 5411 Millionen M. (darunter außerordentliche 231), für das Reich 2953 (darunter außerordentliche 265), zusammen in Reich und Bundesstaaten 8364 (darunter außerordentliche 528). Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 5387 Millionen M., im Reich auf 2953, zusammen in Reich und Bundesstaaten 8340 (darunter außerordentliche aus Grundsteu., Anleihen und sonstigen Staatsfonds 234 beziehungsweise 268).

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 2597 bzw. 3608 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 1908 bzw. 2681. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs an Erwerbseinkünften (672 bzw. 825 Millionen M.) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraph (562 bzw. 635), und die Eisenbahnen (102 bzw. 128).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 586, Aufwandsteuern 82, Verkehrssteuern 58 und Erbschaftsteuern 18, zusammen 771 Millionen M. Das Reich bezieht aus Zöllen 755, aus Aufwandsteuern 473, aus Verkehrssteuern 153 und aus Erbschaftsteuer 42, zusammen 1423 Millionen M.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberresten früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 768 712 Hektar, an Forsten 5 000 359 Hektar. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 61 930 Kilometern (im Reich 1816), und ein Anlagekapital von 14 786 (im Reich 728) Millionen M.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1900 für die Bundesstaaten auf 12 930 (darunter Preußen 7619, Bayern 1795), für das Reich auf 3644 Millionen Mark. Die schwelenden Schulden betragen insgesamt 774 Millionen M.; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (360), und Preußen (315).

Liberaler Praktiken.

In Frankfurt a. M. war am Dienstag Stadtratwahl. Es waren 6 Stadträte zu wählen. Die Sozialdemokratie, als zweitgrößte Fraktion, erhob ebenso Anspruch auf einen dieser Sitze, wie die Fraktion der Mittelständler. Aber die Demokratie, die freisinnigen und die Nationalliberalen hatten sich zu einem Block zusammengeschlossen und wählten ausschließlich Leute aus ihrer Mitte. Gegenüber dem Anspruch der Sozialdemokratie erklärte der freisinnige Abg. Fund: Man habe gegen den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Stadtv. Gattmann persönlich nichts, aber der Sozialdemokratie komme kein Sitz im Magistrat zu, denn die Sozialdemokratie stehe auf einem ganz anderen kommunalen Standpunkt als die bürgerlichen Parteien.

Kolonial-Gesellschaft.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat am Mittwoch in Dresden ihre Tagung gehalten. Ein „hoher Herr“ — Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg — leitete die Verhandlungen, ein noch höherer Herr — König Friedrich August von Sachsen — gürte sie ein halbes Stündchen lang durch seine Anwesenheit. Die Hoheiten konnten nicht verhindern, daß das Niveau der Konferenz ziemlich tief sank. So z. B. als die Anträge angenommen wurden: den Staatssekretär des Reichskolonialamts zu ersuchen, in Deutsch-Südwestafrika deutsche Ortsnamen einzuführen, und: in den deutschen Schutzgebieten die deutsche Sprache zur Staatssprache zu erheben! Ein paar besonnene Männer (Prof. Hans Meier, Dr. Hintorf) konnten in dem wilden Chorus der Kolonialherrschaft nichts ausrichten, und so wird man denn darauf lossteuern, à la Preussisch-Polen gegen die Landessprache der Eingeborenen in den deutschen „Schutzgebieten“ vorzugehen und den Schwärzen schwarz-weiß-rote Ortsnamen, wie „Hohensalza“, „Kaiser Wilhelmstadt“ u. dergl. aufzuzwingen; von Bismann, dessen der Präsident in seiner Einleitungsrede rührend gedachte, wird sich bei diesem Regime gewiß im Grabe umdrehen, wenn er's nicht schon während der Dresdener Verhandlungen gestern getan hat.

Denn es fielen auch sonst noch Äußerungen, die beweisen, daß dem Gros der Herren von der Deutschen Kolonialgesellschaft jedes Gefühl für die Aufgaben und die Ausichten einer kultivierten und wirklich kultivierenden Kolonisation fehlt. Leitetest sich doch bei der Debatte über den Berliner(1) Antrag auf Nichtzulassung der Eingeborenen zum Eide ein halb Dutzend Redner — an ihrer Spitze natürlich natürlich Verbands-generalsimus von Liebert — den fabelhaften Unsin über den „gegen die weiße Rasse um 2000 Jahre zurückgebliebenen“ Negern und seine unsterbliche Seele, und wurde der Antrag doch angenommen, obwohl Dr. Arnim das Urteil von Praktikern wie Leutwein und Gelf als Gegenbeweis in die Waagschale warf und obwohl Konjul a. D. Rohsen, der lange Zeit unter den Schwärzen gelebt hat, ausdrücklich darlegte, daß er keinerlei Mißstände mit dem Negereid hatte!

Worauf die Leute von der Kolonialgesellschaft hinauswollen, daß berriet recht plump Direktor Hintorf aus Berlin: Es soll verhindert werden, daß ein Weißer durch den Eid eines Negers der verdienten Strafe überliefert wird, damit die Peters, die Arenberg — und wie sie alle heißen — sich in Deutschlands Schutzgebieten ungehemmt und ungeschädigt „ausleben“ können!

Haufe Gründungen.

Die eigenartigen Gründungen der Firma Mertens u. Co. auf Kolonialwirtschaftlichem Gebiete haben bereits wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Die Firma rief zahlreiche Kolonialgesellschaften ins Leben, die sich aber meistens wegen Mangel an Kapital nicht als lebensfähig erwiesen. Einige von ihnen sind inzwischen wieder verkracht. Die Vorstände und Aufsichtsräte der noch bestehenden Gesellschaften haben jetzt beschlossen, Kommissionen einzusetzen, die eine Revision der Gründung und Geschäftsführung vornehmen sollen.

Die „Post“ weiß darüber zu berichten:

„Außer der Kameruner Kaufhaus-A. G. haben nun auch sämtliche anderen von der Firma Mertens u. Co. gegründeten Gesellschaften begun, deren Vorstände und Aufsichtsräte Einsetzung von Kommissionen zur Revision der Gründung und Geschäftsführung beschlossen. Eine ganz selbstverständliche Forderung der Besitzer von Anteilscheinen und Aktien dieser Gesellschaften ist es, daß die Revision gründlich und durch unbeteiligte Sachverständige erfolgt. Das läge in erster Linie auch im Interesse der Firma Mertens u. Co. selbst. Nach dem man mit jedem Urteil zurückhalten, doch fürchtet ein mit den Verhältnissen der kolonialen Gesellschaften vertrauter Mitarbeiter der „Kolonialpol. u. Handelskorresp.“, daß es bei diesen Revisionen und ihren Folgen zu einigen Sensationen kommen dürfte, die für die Entwicklung unserer kolonialen Gesellschaften von recht bedauerlichem, nachteiligem Einfluß sein müßten. Graß Finanzchronik macht bereits darauf aufmerksam, daß aus dem Ermittlungsverfahren gegen den Generaldirektor Mertens schon eine „Strafsache“ geworden ist.“

Wahlrechtentziehung in Kiel.

Nachdem der bürgerlichen Mehrheit der große Wunsch, für Kiel die Dreiklassenwahl einzuführen, nicht gelungen war, strebt sie dem Ziele zu, durch ortstatutarische Regelung das zu schaffen, was durch gesetzliche Regelung nicht erreichbar war. Ein Mittel dazu sollte die Einführung der Bezirkswahlen bieten. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die gegen alle sonstigen Gespögenheiten die Kommission außerordentlich schnell gearbeite hat. Die bürgerliche Mehrheit will dem um jeden Preis vorbeugen, daß nicht die nächste Stadtverordnetenwahl sie zur Minderheit macht. Nachdem nämlich der Bezirksausschuß in Schleswig die Wahl unseres Genossen Levin für gültig erklärt hat und nach Lage der Sache das Oberverwaltungsgericht sich dem Urteil anschließen muß, weil es in ähnlichen Fällen wie der Bezirksausschuß entschieden hat, ist eine sozialdemokratische Mehrheit bei dem jetzigen Wahlsystem durch die nächsten Stadtverordnetenwahlen nicht ausgeschlossen.

Am Dienstagabend haben sich die städtischen Kollegien mit der von der Kommission vorgelegten und vom Magistrat gutgeheißenen Vorlage beschäftigt. Die den Kollegien vorgelegte Bezirksenteilung trug denn auch richtig die Tendenz, die nach allem, was vorausgegangen war, erwartet werden mußte. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl war die Höchstzahl der abgegebenen bürgerlichen Stimmen 6882, die Höchstzahl der sozialdemokratischen 6892. Dies waren aber nur die für die bürgerlichen Parteien günstigsten Fälle, einige der gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten waren mit einer Mehrheit von mehreren hundert Stimmen gewählt. Eine Bezirksenteilung, die dem Stimmenverhältnis Rechnung tragen wollte, müßte also der Sozialdemokratie mindestens die Hälfte der Mandate garantieren. Was hat aber die Kommission gemacht? Sie machte aus dem Stadtteil Gaarden einen besonderen Bezirk. Weßhalb, das mag folgende Berechnung zeigen! Bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurden im Stadtteil Gaarden 718 bürgerliche und 1942 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Durch diese Häufung der sozialdemokratischen Wähler in einem Bezirk müssen natürlich die bürgerlichen Parteien in den anderen Bezirken bedeutend günstiger wegkommen. Dingu kommt noch, daß sich der Gaardener Bezirk weit schneller vermehrt als die anderen Bezirke.

Der Genosse Adler kritisierte scharf die tendenziöse Absicht dieser Bezirksenteilung und wies nach, daß sie ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie sein solle und auch sei. Wenn man auf der einen Seite den Wählern Recht nehme, und das geschehe durch die Vorlage, weil früher jeder Wähler mindestens fünf Stadtverordnete jährlich zu wählen habe, während er nach Annahme der Bezirksenteilung nur das Recht habe, in seinem Bezirk einen Stadtverordneten zu wählen, solle man auf der anderen Seite wenigstens das Wahlrecht demokratisieren und den Anders ausheben. Aber Adler predigte tauben Ohren. Die Wahlentziehung war von ihnen schon längst beschlossen, und sie stimmten denn auch geschlossen für die Bezirksenteilung, die die Kommission ausgearbeitet hatte, stimmten die Anträge der Sozialdemokraten auf Herabsetzung des Zensus auf 600 resp. 900 M. nieder; ebenso auch alle Anträge, die auf Verbesserungen der einzelnen Bestimmungen der Vorlage abzielten. Das Resultat der künftigen Wahlen wird auf absehbare Zeit sein, daß der Gaardener Bezirk der Sozialdemokratie sicher ist und daß bei aller Anstrengung ein weiterer Bezirk erobert werden kann. Da fünf Bezirke eingerichtet sind und in jedem Bezirk sechs Stadtverordnete gewählt werden — allerdings in jedem Jahre immer nur einer, weil die Wahl auf sechs Jahre erfolgt — wird es die Sozialdemokratie von den 30 Mandaten auf 12 bringen können. Bis die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung darin eine Änderung hervorbringt, so tröstet sich das Bürgertum, ist schon längst das schleswig-holsteinische Wahlrecht beseitigt, schlimmstenfalls läßt sich die Bezirksenteilung ändern. Die sozialdemokratische Hochhut ist noch einmal abgewehrt.

Frankreich.

Verhaftungen.

Paris, 9. Juni. Bei Auzerre wurden zwei junge Leute verhaftet, die in dem Verdachte stehen, mehrere Telegraphenbrüche bei Joigny zersört zu haben.

Zwistigkeiten in der Regierungspartei.

Paris, 9. Juni. Der Deputierte Laferrre hat das Amt des Obmannes des Vorkommensausschusses der sozialistischen Radikalen Partei niedergelegt, weil unter den Ausschußmitgliedern, von denen ein Teil eine feindselige Politik gegen das Ministerium befolgten, Zwistigkeiten ausgebrochen waren.

Ein seltsamer Vorfall.

Paris, 9. Juni. Wie aus Wacon berichtet wird, fand in den Werkstätten der Schiffsfabrik Creuzot ein erster Zwischenfall statt. Eine Anzahl Arbeiter, welche einen ihrer Kameraden verdrängten, Urheber der Indiskretion zu sein, welche unlängst Gegenstand einer Debatte in der Kammer gewesen, und wegen deren eine gerichtliche Untersuchung über Beschäftigte angeordnet worden war, überfielen diesen Arbeiter und mißhandelten ihn so schwer, daß er unverzüglich ins Spital gebracht werden mußte. Der Verdrängte hat eingestanden, die Indiskretion begangen zu haben.

Es handelt sich dabei bekanntlich darum, daß die Fabrik dem Staate minderwertiges Material geliefert haben soll. Merkwürdig bleibt nur der Eifer der Arbeiter, mit dem sie sich zu Mäthern in einer Sache gemacht haben, die ihrer Ausbeute und nicht die ihre ist.

England.

Die Flottenagitation.

London, 9. Juni. Walfour, der dem heutigen Pressekongress präsierte, führte in einer Ansprache aus, daß Schiffsal Englands hänge von der Ueberlegenheit seiner Flotte ab. Diese Ueberlegenheit müsse in den heimischen Gewässern zutage treten, denn das Gesicht von Australien, Canada, Süd-Afrika und Indien werden nicht im Stillen oder Indischen Ozean entschieden werden, sondern in den heimischen Gewässern. Wer sich bemühe, den Geist der Zeit zu verstehen, werde den gewichtigen Worten Lord Roseberys und Greys zustimmen und anerkennen, daß man über die Verteidigung des Reichs nicht ohne eine gewisse Kenglichkeit sprechen könne.

Rußland.

Die Fenster des Baren.

Das Warschauer Kriegsgericht hat wieder zwei Todesurteile ausgesprochen. Zwei Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei in Radom, Roman Piekarski und Herzh Rogow, waren angeklagt, an mehreren terroristischen Attentaten in Radom „intellektuell“ teilgenommen zu haben. Sie sollen gewußt haben, daß die Attentate geplant waren. Die Anklage stützte sich hauptsächlich auf die Aussagen eines Verräters. Die Todesurteile wurden durch den Warschauer Generalgouverneur Stallen bestätigt und daraufhin in der Warschauer Zitadelle vollstreckt.

Die Glaubensfreiheit.

Petersburg, 8. Juni. In der Abendsitzung nahm die Reichsduma in erster Lesung das Gesetz betreffend den Uebertritt aus einer Religionsgemeinschaft in eine andere gemäß dem Referat der Kommission für Konfessionsfragen mit den von den Oktobristen vorgeschlagenen Änderungen an. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung, weil die Beratung in der Duma angeblich den Grundgesetzen widerspräche. Da Stolypin sich ebenfalls gegen das Gesetz aussprach, so wird wohl der Beschluß der Duma schon vom Reichsrat nicht ratifiziert werden.

Türkei.

Die Hinrichtungen in Adana.

Konstantinopel, 9. Juni. Durch ein Erbe des Sultans sind 15 vom Kriegsgericht in Adana gefällte Todesurteile, die neun Mohammedaner und sechs Armenier betreffen, bestätigt worden. Es soll Vorzüge getroffen werden, daß bei der Vollstreckung der Urteile keine Unruhen vorkommen. Mit Rücksicht auf armenische Anklagen und Zeitungsnachrichten hat die Pforte den Bass von Adana aufgefordert, die Verbrecher ohne Unterschied der Religion streng zu bestrafen.

Persien.

Zur russischen Invasion.

Der russische Generalkonsul in Tabriz erklärt durch die Petersburger Telegraph-Agentur, daß die Nachrichten über die angeblichen Hoheiten der russischen Truppen in Persien von den Mitgliedern der armenischen Partei, „Dschanaqutjun“ verbreitet worden seien, die alle Tatsachen dem Genfer „Droschal“ telegraphisch hätten. Die Haltung der Truppen sei vielmehr ganz korrekt.

Soweit der Konsul. Bis jetzt waren wir daran gewöhnt, daß die russische offizielle Agentur dazu existiert, um einerseits Nachrichten, die der russischen Regierung günstig sind, zu verbreiten, und andererseits alles, was nicht den Absichten derselben Regierung entspricht, zu dementieren. Aber jetzt erfahren wir, daß die Agenten der Kosakenregierung auch die Ursache allen Unglücks entdeckt haben. Nach ihren Angaben sind nämlich die armenischen Revolutionäre, die die Revolution vorher im Kaukasus anstifteten, dann in der Türkei und endlich in Persien. Und wir werden uns gar nicht mehr wundern, wenn eines schönen Tages die russischen Offiziere auch die Revolution in Chile oder Honduras den armenischen Intrigen zuschreiben werden.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitag.

Unter dieser Ueberschrift bedauert der „Vorwärts“ in Nr. 129 das Fehlen des Themas „Landarbeiterfrage“ auf der provisorischen Tagesordnung für den Leipziger Parteitag. Er wünscht, daß die Sache auf dem Parteitag erörtert wird.

Juganten einer fruchtbringenden Beratung sollen ein oder mehrere sachkundige Referenten bestellt und die Tagesordnung also mit dem Punkte „Landarbeiterfrage“ ergänzt werden.

Durch Gründung der neuen Land- und Waldarbeiterorganisation ist die „Landarbeiterfrage“ jetzt für uns in das Stadium der praktischen Betätigung getreten. Nach circa 2 1/2 monatlichem Bestehen dieser Organisation wird man doch wohl kaum derartige Erfahrungen haben sammeln können, um Änderungen vorzuschlagen, weder am Statut noch an der angewendeten Taktik bei der Agitation. Aber selbst wenn hierzu Material vorliegen würde, wäre es vollständig verfehlt, diese interne Angelegenheit der Landarbeiterfrage — denn eine solche ist sie durch Gründung eines Vereins vorläufig geworden — auf einem vielbeschäftigten Parteitag zu behandeln. Nicht weil etwa nicht die ganze Partei an dieser Frage hochinteressiert ist, sondern weil der Sache damit wenig oder gar nicht gedient sein dürfte. Wir haben im Reich eine große Anzahl meist sehr wichtige Parteipunkte, die praktisch den Landarbeiterverhältnissen fern und fremd gegenüberstehen und deren Delegierte auf dem Parteitag daher naturgemäß an und für sich dieser Sache nicht das genügende Interesse entgegenbringen dürften. Und man weiß, wie solche Punkte der Tagesordnung behandelt werden, wenn sie dann noch am Schlusse der Tagung verhandelt werden. Ferner bin ich der Ansicht, daß man taktische Fragen, und auf solche kommt es hier in erster Linie bei dieser neuen Organisation an, nicht öffentlich auf dem Parteitag behandeln soll. Das würde nicht uns, sondern vielmehr unseren Gegnern nützen.

Dagegen empfehle ich, daß während der Tagung des Parteitages alle die Delegierten, die an der Landarbeiterfrage besonders interessiert sind, die auf diesem Gebiete Erfahrungen gesammelt haben und mit Rat und Tat der jungen Organisation in ihren agitatorischen Wirkungskreisen unter die Arme greifen können, mit dem Vorstand und den Walleitern des Verbandes zu einer Konferenz zusammenzutreten und dort ihre Meinungen austauschen. Das ist besonders deshalb dringend notwendig, weil die des Schutzes am meisten bedürftigen Landarbeiter der östlichen Provinzen vor der Hand nur erst ziemlich stiefmütterlich von dem Verband, der in Mittel- und Süddeutschland seinen Sitz hat, bedacht werden können. Ob hierzu Referenten bestellt werden, lasse ich dahingestellt.

Hermann Linde, Parteisekretär für Ostpreußen.

Der Vorschlag des Genossen Linde hat einiges für sich. Wir hatten jedoch die Verhandlung des Themas auf dem Parteitag immer noch für besser. Nur so wird die ganze Partei eindringlich an die Wichtigkeit der Landarbeiterfrage erinnert, nur so wird eine über die engeren Kreise der nächsten Interessenten hinausgehende Anregung zur Förderung der Organisation durch unmittelbare oder mittelbare Mitarbeit gegeben. Daß manche großstädtischen Delegierten dem Thema kein dremendes Interesse entgegenbringen, das ist kein Grund, den vielen, die für ihre Parteiarbeit aus der

Verhandlung lernen können, diese Gelegenheit vorzuenthalten. Bei der Wichtigkeit der Sache halten wir es auch für selbstverständlich, daß sie nicht an den Schluß der Tagesordnung verschoben wird. Wir halten es für ganz gerechtfertigt, daß sie vor den Referaten über die Reichsversicherungsordnung behandelt wird, da über diesen letzteren Gegenstand keine großen Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen vorhanden sein dürften. Im übrigen haben wir die Ansetzung des Themas nicht gefordert, weil wir glaubten, daß nach circa 2 1/2 monatlichem Bestehen der Organisation schon über wichtige Erfahrungen zu berichten und Vorschläge am Statut und an der Taktik vorgebracht werden müßten, sondern weil wir hoffen, daß die Arbeit der jungen Organisation durch die Aussprache gefördert und befruchtet werde. Daß die Behandlung des Themas den Gegnern große taktische Geheimnisse offenbaren könnte, fürchten wir nicht. Für die Zwecke, denen die Verhandlungen dienen sollen, ist es nicht nötig, Interna der Organisationsarbeit aufzudecken, wenn überhaupt schon welche vorhanden sein sollten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Die Anregung des „Vorwärts“ ist nur zu begrüßen. Die Durchführung einer energischen und systematischen Agitation unter dem ländlichen Proletariat ist eine Lebensfrage für die Partei, sie ist aber auch eine unbedingte Notwendigkeit sowohl für die unter Ausbeutung und Rechtslosigkeit doppelt leidenden Landarbeiter wie für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft der Städte und Industriezentren, deren Organisationskraft durch den Zug der bedürftigsten Landproletarien nur zu oft in Frage gestellt werden. Die Befreiung der Landarbeiterfrage auf dem Parteitag würde der gewerkschaftlichen und politischen Organisationsarbeit auf dem flachen Lande kräftige Impulse geben können.“

Soziales.

Arbeitslosenversicherung mit kommunaler Unterstützung.

Die „Städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ zu Köln erstattet ihren Geschäftsbericht über die Zeit von April 1908 bis Ende März 1909. Seit der vor zwölf Jahren erfolgten Gründung der Kasse ist die Zahl der im vorigen Jahre abgeschlossenen Versicherungen, nämlich 1057, die höchste. Davon waren 1435 gelehrte, 522 ungelehrte Arbeiter. Die Mitglieder sehen sich fast ausschließlich aus den verschiedenen Gruppen der Bauarbeiter zusammen. Sie müssen jährlich vom 1. April ab insgesamt 84 Wochenbeiträge zahlen, und zwar gelehrte Arbeiter 45 Pf., ungelehrte 35 Pf. Dafür haben sie in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. März Anspruch auf Tagelohn, sofern ihnen durch die mit der Kasse in Verbindung stehende Arbeitsnachweisanstalt der Stadt Köln nicht passende Arbeit nachgewiesen wird. Im verflorenen Winter wurden an 1433 Versicherte für 87971 Tage 61934 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Von den Bezugsberechtigten waren nicht weniger als 82,9 Proz. arbeitslos. Infolgedessen ging das Vermögen der Kasse von 188 800 M. auf 124 000 M. zurück. Hätte nicht für 94 886 Tage den Versicherten Arbeit nachgewiesen werden können, so würde der Anspruch an die Kasse 62 867 Tage betragen haben. Die Tagelöhner betragen für die ersten 20 Tage der Arbeitslosigkeit 2 M., für weitere 23 Tage 1 M. täglich. Bei längerer Arbeitslosigkeit erlischt der Unterhaltungsanspruch. Die Stadt Köln schießt zu den Einnahmen der Kasse jährlich 20 000 M. zu; ferner übernimmt sie die Bürgschaft für die Leistungen der Kasse.

Man trägt sich mit dem Gedanken, die Kasse aus einer „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ zu einer solchen für das ganze Jahr auszubauen.

Im Rinderzucht wertvoller als Rinderzucht?

Eigenartige Anschauungen über Vollzucht besitzt der Regierungssachverständige Dr. Petersen, der als kommissarischer Verwalter der durch den Abgang des früheren Bürgermeisters Schüding vakant gewordenen Bürgermeistertelle in Osnabrück fungierte. Als der Herr kürzlich von der Stadt Abschied nahm, empfahl er den städtischen Kollegien, alle Kraft auf die Ausgestaltung des Viehmarktes zu verwenden. Denn das sei die wichtigste Aufgabe der städtischen Verwaltung. Dagegen möge man davon Abstand nehmen, den Lehrern Ortszulagen zu gewähren; diese Zulagen würden nur bewirken, daß das Ab- und Zuziehen nie aufhöre. Die Auslassungen des Herrn Professors berechtigten ihn zu einer Anwartschaft auf die Stelle des preussisch-agrarischen Kultusministers.

Vom nordöstlichen Baugewerbe.

Scharfmacher Felisch kann nicht stolz auf seinen Bericht sein. Nimmermehr ist wohl noch kein Bericht einer großen Baugewerkschafts-Verufsgenossenschaft herausgekommen. Kein erklärender Text, nur trockene Zahlen sind es, die Felisch seinen Getreuen bietet.

Und doch ist die von ihm geführte Verufsgenossenschaft nicht klein.

Versichert waren laut Bericht im Jahre 1908: 24 104 Baubetriebe mit 221 908 Arbeitern. Die höchste der 5 Sektionen der Verufsgenossenschaft ist Sektion I, Berlin, mit 7325 Betrieben und 80 676 Arbeitern.

Vergleicht man die angeführten Lohnsummen mit der Zahl der Versicherten, was der Bericht natürlich unterläßt, so ergibt sich folgender Durchschnittslohn in den einzelnen Sektionen der Verufsgenossenschaft: Sektion I, Berlin, 1111 M.; Sektion II, Potsdam, 815 M.; Sektion III, Stettin, 730 M.; Sektion IV, Danzig, 721 M.; Sektion V, Königsberg i. Pr., 726 M. Der Bericht hat hierfür keine Zeile der Erklärung. Auch nicht für die in der Aufstellung angeführten Summen von Vertragsverlusten. Erwähnt wird nur, daß „an Beiträgen für 1907 zur Zeit des Abschlusses der Heberollen infolge fruchtloser Zwangsbeiträge u. s. w. ausgefallen waren: 70 182,99 M.“, davon allein auf Sektion Berlin 39 105,59 M., dagegen in Sektion Königsberg nur 3692,15 M., obgleich die Sektion Berlin nur einmal mehr Arbeiter versichert hat, die Zahl der Betriebe in Berlin 7325, in Königsberg 2496 beträgt. Das sind die Baugewerke einer Großstadt, die auch die armen Arbeiter um Hundertausende von Mark an Arbeitslöhnen betrogen haben.

Unter den Verwaltungskosten der Verufsgenossenschaft fällt und auf, daß an „Vergütungen für den Verufsgenossenschaftsvorstand“ die statische Summe von 11 862 M. eingestellt ist. Was erhält Herr Felisch hiervon?

Gemeldet wurden im Berichtsjahre insgesamt 10 449 Unfälle, gegen 11 168 im Jahre 1907.

Wieder fällt uns die schrecklich große Zahl der Unfälle der Großstadt gegenüber dem Lande auf. Während im Bezirk der Sektion V, Königsberg, nur 708 Unfälle gemeldet wurden, wurden im Bezirk Potsdam 2037 und in Berlin gar 5586 Unfälle angemeldet.

Vergleicht man auch hier die Zahlen mit der versicherten Arbeiterzahl, so ergibt sich folgendes Bild:

Auf 1000 Arbeiter entfallen in Sektion I, Berlin, 62,3, in Sektion II, Potsdam, 40,0, in Sektion III, Stettin, 35,0, in Sektion IV, Danzig, 30,2, in Sektion V, Königsberg, 30,2 Unfälle.

Entschädigt wurden jedoch insgesamt nur 1593 Unfälle. Vor Ablauf der 13. Unfallwoche wurden von den gemeldeten Unfällen laut Bericht allein 8866 geheilt. Hier sieht man wieder, wie die Verufsgenossenschaften von den Krankenkassen entlastet werden.

Die Unfallstatistik bezieht sich gar nur auf das Jahr 1907, ist also für das Berichtsjahr nicht fertig geworden. Wir erfahren daraus, daß im Jahre 1907 als Folgen der Unfallversicherung in 1500 Fällen Tod, in 43 Fällen blöde, in 703 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit, in 882 Fällen Erwerbsunfähigkeit über 6 Monate, in 60 Fällen solche bis zu 6 Monaten und in 6388 Fällen Erwerbsunfähigkeit unter 13 Wochen festgestellt wurde.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Mägenmacher! Wie aus Nr. 129 des „Vorwärts“ bekannt, wurden bei der Firma S. Gärtner u. Co. die Differenzen durch Anerkennung der Forderung — die in der Fortlassung der Kontrollbücher bestand — beigelegt und am Montag die Arbeit aufgenommen.

Es scheint der Firma aber an einem friedlichen Arbeitsverhältnis durchaus nichts gelegen zu sein und sie beschwört in provokatorischer Weise neue Differenzen herauf, um auf Umwegen das zu erreichen, was ihr aus Anlaß der Aussperrung bei den Verhandlungen nicht beizubringen war. Die Firma S. Gärtner u. Co. — und namentlich ihr Verführer — gehen von der Voraussetzung aus, daß die Kollegen und Kolleginnen es bei den jetzigen Maßnahmen nicht wagen werden, in der „Oeffentlichkeit“ dazu Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen lieferten nämlich den Beweis, daß die Einführung der Kontrollbücher nicht die Hauptursache der Aussperrung war, sondern als Mittel zum Zweck dienen sollte. Herr Gärtner behauptete, nicht mehr „Herr im Hause“ zu sein, deshalb die beiden „Geher“ nicht wieder eingestellt werden. Mit Bedauern müssen wir hier konstataren, daß die treibende Kraft dieser Forderung nicht die Firma — oder wenigstens nicht allein — sondern der jetzige Verführer — unser ehemaliger Kollege Storkmann — ist, der in der Werkstätte derselben Firma noch vor einem Jahre „als der größte Geher“ galt, jahrelang im Vorstand des früheren Lokalverbandes saß und auch in der Generalversammlung dieses Jahres noch als Revisor gewählt wurde. Als am Donnerstag, den 8. Juni, die Verhandlungen währten, die nur 4 1/2 Stunden dauerten, war der Verführer Storkmann auf Seiten der Firma der Hauptbeteiligte, obgleich er in seiner Unschuld den Zuschneidern am 21. Mai erklärte, sie täten gut, daß sie die Kontrollbücher verweigerten; er habe keine Konsequenzen gezogen und gefährdige! Trotzdem begab er sich am Freitag, den 4. Juni — dem Tage nach den Verhandlungen — auf die Suche nach Hausindustriellen, um die Arbeit jetzt in der Hausindustrie zu verlegen. Schon in der Frühstücksstunde entließ er einen Gefellen, und zwei Stepperinnen und zwei Dreher wurden des Abends entlassen. Am Dienstag früh durften drei Mann nicht mehr anfangen. Zwei Kolleginnen waren bei Verwandten und hatten sich für Montag entschuldigt, so daß sie erst Dienstag früh anfangen wollten. Als sie nun aus der Werkstätte zurückkehrten, langte eine Karte der Firma an, daß ihre Posten schon besetzt wären. Die Erbitterung über diese Handlungsweise ist so groß, daß am Montagabend die Arbeiter und Arbeiterinnen am liebsten sofort wieder die Arbeit niedergelegt hätten. Sollte die Firma die Situation nicht übersehen können, in die sie durch den Verführer hineingetrieben wird, so gibt es einen Kampf, der bis zum äußersten geführt wird.

Die Ortsverwaltung hat in einem Schreiben die Firma ersucht, die Entlassungen rückgängig zu machen, da die Arbeiter sich erboten haben, sogar in eine verkürzte Arbeitszeit einzuwilligen, wenn ein Arbeitsmangel geltend gemacht werden sollte. Es wird sich zeigen, welche Schritte die Firma S. Gärtner u. Co. unternehmen wird, um die begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Deutscher Kürschnerverband (Ortsverwaltung Berlin.)

Friedensschluß bei Borfig.

Die Stemmmer der Firma Borfig hatten gestern vormittag nochmals eine sehr eingehende und teilweise erregte Debatte über die Frage, ob die Arbeit zu den zwischen den Vertretern der beiden Parteien vereinbarten Bedingungen wieder aufgenommen werden sollte. Zunächst gab Handl. der Versammlung eine Uebersicht über die augenblickliche Situation und ermahnte zu ruhiger Ueberlegung. Sodann berichtete Ad. A. über die nochmaligen Verhandlungen mit der Direktion, die Dienstag nachmittag stattgefunden hatten. Es ist dabei von neuem über die verschiedenen Streitfragen gründlich gesprochen worden. Der wichtigste Punkt war selbstverständlich wiederum die Lohnfrage. In der am Montag getroffenen Vereinbarung, die für die Stemmmer so gut wie für das ganz Werk gilt, gab die Direktion die verbindende Erklärung ab, daß sie sich verpflichte, wenn die Stemmmer nicht auf ihren bisherigen Durchschnittsverdienst kommen, soviel zuzulegen, daß sie keinerlei Lohnverschlechterung erleiden. Die Wiedereinstellung der streikenden Stemmmer soll in der Weise erfolgen, daß sofort ein Drittel von ihnen, das durch die Kolonnenführer und Meister auszuweisen wird, wieder in Arbeit kommt, und daß danach die Streikenden selbst durch Los bestimmen, welche von ihnen an die Reihe kommen sollen. Es wird sich jedenfalls nur um einige Tage handeln, bis alle wieder eingestellt sind. Nachregelungen — das wurde wiederholt und mit aller Bestimmtheit erklärt — sollen in keiner Weise stattfinden. Für die Streitigen über die Affordabgabe ist es noch von Wichtigkeit, daß den Stemmmer Preisstabellen im Betriebe zur Verfügung gestellt werden sollen.

In der Debatte zeigte es sich, daß unter den Stemmern noch immer eine außerordentlich starke Abneigung gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu den vereinbarten Bedingungen herrschte. Man erklärte, daß die Stemmmer nur dann wieder in den Betrieb gehen würden, wenn die alten Preise schriftlich garantiert würden und alle sofort wieder arbeiten könnten. Auch trat in der Debatte wiederum die Tatsache hervor, daß die Streikenden vor allem zu verschiedenen Unterbeamten nicht das Vertrauen haben, daß sie die Vereinbarungen genügend beachten werden. Namentlich wurden hier der Meister Fischer und der Ingenieur Wandtke genannt. Diese beiden Herren sollen auch durch die ganze Art, wie sie die Arbeiter zu behandeln pflegen, viel zu der Aufregung und dem Mißtrauen beigetragen haben, die unter den Stemmern herrschen. Man sprach die Befürchtung aus, daß diese beiden vor allem es bezwecken würden, die Vereinbarung illusorisch zu machen. Es gelang schließlich den Mitgliedern der Subkommission sowie den Organisationsvertretern, dieses Mißtrauen, sowie die übrigen Bedenken der Stemmmer so weit zu zerstreuen, daß die Versammlung sich in gleicher Abstimmung mit 33 gegen 14 Stimmen für Aufhebung des Streiks erklärte. Dieser Beschluß wurde jedoch nur unter der Voraussetzung gefaßt, daß die Vereinbarungen nun auch wirklich uneingeschränkt Geltung erhalten. Man ließ keinen Zweifel darüber, daß andernfalls an einen dauernden Frieden mit der Firma nicht zu denken ist.

Anschließend an die Versammlung der Stemmmer fand eine Besprechung der streikenden Form. Es handelte sich hierbei hauptsächlich noch um eine Reihe von Beschwerden, die teils die Arbeitsweise, teils die Abrechnung der Löhne betrafen. Die Direktion hat auch in dieser Hinsicht versichert, für Abhilfe sorgen zu wollen. Die Formier hatten bekanntlich schon am Dienstag die Beendigung des Streiks beschlossen. Sie können sofort wieder in Arbeit treten, da für sie bereits Arbeit genug vorhanden ist.

Um 5 Uhr hielten wiederum die Aussperrten eine Versammlung ab, um den Bericht über den nunmehrigen Stand der Dinge entgegenzunehmen. Auch die Streikenden nahmen zahlreich an der Versammlung teil. Das Resultat von der letzten Abstimmung der Stemmmer war der Direktion inzwischen mitgeteilt worden und dabei waren auch von neuem verschiedene Bedenken zur Sprache gebracht worden. Die Direktion hat nochmals versichert, daß sie in keiner Weise irgendwelche Nachregelungen vornehmen werde, und daß sie für die frische Durchführung der Vereinbarungen auch den etwa widerstrebenden Unterbeamten gegenüber sorgen werde. Die Aussperrten können sofort wieder in Arbeit treten. Ueber die Vermittlung von den Stemmern, die sofort wieder anfangen sollten, legte die Direktion nun eine Liste vor. Diese Art der Auswahl wurde jedoch von den Arbeitervertretern abgelehnt in der berechtigten Befürchtung, daß dadurch von neuem das Mißtrauen wachgerufen werde, man wolle bestimmte Leute nicht, oder wenigstens vorläufig nicht wieder einstellen. Die Direktion erklärte sich denn auch bereit, die Wiedereinstellung so vorzunehmen, daß am Donnerstag früh alle Stemmmer im Betrieb erscheinen und daß sie dann gemeinsam mit den Meistern und Kolonnenführern entscheiden, welche

von ihnen sofort wieder in Arbeit treten sollen. Bei den übrigen soll dann das Los entscheiden, wer einen Tag früher oder später wieder anfängt.

In der Diskussion über den von der Subkommission gegebenen Bericht wurden nochmals von einigen Streikenden Bedenken gegen die Wiederaufnahme der Arbeit und Mißtrauen gegen die redliche Durchführung der Vereinbarungen und Versprechungen geäußert. Demgegenüber wurde aus den Reihen der Aussperrten betont, daß die Stemmmer ja nun ebenfalls die Beendigung des Streiks beschlossen hätten und damit die Anglegenheit auch für die Aussperrten erledigt sei. Eine Abstimmung war unter diesen Umständen für die Aussperrten selbstverständlich überflüssig. Es liegt nun zu einem guten Teil an den Arbeitern selbst, auch ihrerseits genau darauf zu achten, daß die Abmachungen mit der Direktion in jeder Hinsicht Geltung erhalten. Dazu ist, was noch besonders hervorgehoben wurde, vor allem auch festes Zusammenhalten in der Organisation notwendig.

Die Streikenden, welche nicht sofort wieder in Arbeit treten können, melden sich wie bisher im Streiklokal zur Kontrolle, um weiterhin ihre Unterstützung erhalten zu können.

Verbandsdiäten. Wir werden gebeten, folgende Berichtigung zu veröffentlichen: In dem Bericht über die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in der Nummer des „Vorwärts“ vom 6. Juni (1. Beilage) heißt es: „Bezüglich der Diäten wurde beschlossen: 12 M. pro Tag.“ Die Angabe stimmt nicht. Es sind nicht 12 M., sondern 9 M. Diäten festgesetzt worden.

Berichtigung. In dem Bericht über die allgemeine Schlofferversammlung in Nr. 131 des „Vorwärts“ heißt es irrtümlich, es würden für selbständig Arbeitende 65 Pf. und für Kolonnenführer 70 Pf. verlangt. Das ist ein Irrtum, die Sätze sind 70 Pf. resp. 80 Pf.

Deutsches Reich.

Die „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs“.

Die lokalorganisierten Maurer, von denen 290 ausgesperrt sind, nahmen in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zur Aussperrung Stellung. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde beschlossen, keine Lohnforderungen zu stellen, dagegen den Innungs- und Bundesmeistern folgendes Schreiben zu unterbreiten:

„In Anbetracht der jetzigen Lage im Baugewerbe richten wir die höfliche Anfrage an die Bauhütte zu Hamburg bezw. an den „Vierstädtebund“, ob Sie geneigt sind, auf Grundlage des bisher bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrages mit uns in Unterhandlungen über die Beendigung der Aussperrung der Arbeiter zu treten. Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß wir keine Forderung irgendwelcher Art an Sie gestellt haben, trotzdem aber ist ein großer Teil unserer Mitglieder ohne jeglichen Grund am vergangenen Sonnabend aus der Arbeit entlassen worden, bezw. aus ihrem Affordverhältnis herausgemworfen. Um nun etwaige Klagen unserer Mitglieder gegen ihre Arbeitgeber zu verhüten, haben wir den Wunsch, uns auf friedlichem Wege mit Ihnen zu einigen. Da letzteres selbst der Wunsch vieler unserer Arbeitgeber ist, ersuchen wir Sie höflich, uns umgehend Nachricht auf unser Schreiben zukommen zu lassen.“

Das sind ja — tapfere Klassenkämpfer! Da können selbst die Christlichen nicht mit.

Der Streik der Bauhütler in Schneidemühl ist jetzt nach fünfwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolge der Arbeiter beendet worden. Am 7. Juni wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der neben einem Stundenlohn von 83 Pf. auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden vorsieht.

Der Streik der Pfisterer und Kammer in Straßburg i. E.

Ist nach 14tägiger Dauer mit einem vollen Erfolge der Arbeiter beendet. Die zehnständige Arbeitszeit wird beibehalten. Der Stundenlohn für Pfisterer wird von 60 auf 65 Pf., für Kammer von 38 auf 45 Pf. erhöht. Die Weigerung, Affordarbeit auszuführen, berechtigt die Unternehmer nicht zur Entlassung. Der neue Vertrag ist auf zwei Jahre abgeschlossen worden.

Zu Kreuze gefahren.

Mit einem Siege der Arbeiter wird der seit nahezu acht Wochen dauernde Lohnkampf im rheinisch-westfälischen Tischlergewerbe enden. Die bürgerlichen Blätter melden bereits, daß die Aussperrung beendet ist, nachdem am Sonnabend der Arbeitgeberverband des Baugewerbes eine Sitzung abgehalten hat, in der beschlossen wurde, die Aussperrung aufzuheben, die alten Löhne weiter zu zahlen, sogar die bereits abgezogenen 5 Proz. der Löhne den Arbeitern sofort zurückzuzahlen und von einem Antrag zu dem schlechten Tarif Abstand zu nehmen. Den Herren brennt also das Feuer unter den Nägeln. Sie sehen, daß sie von ihrer frivolen Aussperrung den meisten Schaden haben, daß es ein vergebliches Unterjagen war, die Arbeiter auszuhungern und daß ihnen das ganze Sommergeschäft zum Teufel geht, wenn die Arbeit nicht bald wieder aufgenommen wird. Auf eine telegraphische Anfrage des Vorsitzenden Rath-Essen vom Einigungsamt im Baugewerbe haben die ausgesperrten Arbeiter in Dortmund, Gelsenkirchen und Gerne sofort zu den Vorständen der Unternehmer Stellung genommen und beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis mit ihrer Organisation, dem Holzarbeiterverband, feste Vereinbarungen getroffen sind. Die Unternehmer wollen erst nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln. Der Zug von Tischlern ins rheinisch-westfälische Industriegebiet ist also nach wie vor ferngehalten.

Die städtischen Arbeiter in Kiel.

Dienstag nachmittag (8. Juni) wurden 25 Mann der Tagelöhne der Straßenreinigung entlassen, weil sie sich weigerten, für die streikenden Abfuhrleute einzutreten. Heute, Mittwoch, morgens (9. Juni) traf das gleiche Schicksal 80 Mann der Nachtkolonne der Straßenreinigung. In der letzten Nacht ist deshalb in den Straßen nicht gefegt worden. 15 Arbeitern der Forst- und Wegeverwaltung ist gleichfalls gekündigt worden, weil sie ebenfalls die Streikarbeit verweigerten. Von den Abfuhrleuten sind nur fünf Mann geblieben, die mit zwei Wagen fahren, die von städtischen Polizisten begleitet werden.

In der gestrigen Kollegiensitzung machte der Oberbürgermeister Mitteilung von dem Streik. Er besagte, daß die Arbeiter ohne Kündigung in den Streik getreten sind, und daß sie sich gerade solche Vertriebe zur Arbeitsüberlegung ausgesucht haben, in denen sich die Störungen am empfindlichsten bemerkbar machen.

Wie die Entlassung der Straßenreinigungsarbeiter ohne Kündigung zeigt, hat der Magistrat gar keine Ursache zur Klage über den Kontraktbruch der Arbeiter.

Das „Volkshaus“ in Dresden hat eine wesentliche Vergrößerung erfahren durch den Anbau zweier angrenzender Häuser. Die Erweiterung machte sich notwendig durch die in den letzten Jahren gewaltig gewachsene Gewerkschaftsbewegung. Als 1902 das „Volkshaus“ gekauft wurde, zählten die freien Gewerkschaften 15 000 Mitglieder. Diese Zahl ist jetzt auf 80 000 gestiegen. Der Wert des gesamten Grundstücks beziffert sich auf 637 000 M.

Der Streik der Steinseher und Kammer in Dresden wird mit ungeschwächter Energie der Arbeiterseite geführt, obwohl sich die Unternehmer in leicht erkennbarer Absicht bemühen, die Meinung zu verbreiten, daß der Streik beendet sei.

Die Situation für die Streikenden steht zurzeit besonders günstig, da alle Arbeitswilligen, selbst die bisher hartnäckigsten, abgereist sind. Wenn nunmehr der Zugzug streng ferngehalten wird, ist der Sieg den Arbeitern sicher.

Der Streik der Maurer und Bauarbeiter in Halberstadt ist nach fünfwochenlanger Dauer beendet worden. Den Streikenden gelang

es durch Abschluß eines Tarifes eine nennenswerte Erhöhung des Stundenlohnes zu erzielen. Erwähnt sei, daß gegen einen Streikenden ein Verfahren wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen eingeleitet worden ist, obwohl der Arbeitswillige gar keinen Straf-antrag gestellt, ja sogar erklärt hat, daß er sich nicht beleidigt gefühlt hat.

Die Tapeziereraussperrung in München. Von dem bayerischen Arbeitgeberverband wurde am 28. Mai die Aussperrung der organisierten Tapezierer beschlossen. Von den angeblich 170 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes haben nach „net genauen Aufstellung bis Donnerstagabend 34 Firmen mit 139 Gehilfen ausgesperrt. Das Resultat ist für die Scharfmacher ein Königliches zu nennen; nicht einmal ein Drittel der organisierten Arbeiter sind ausgesperrt. Drei Münchener Firmen, mit denen Einzelverträge bestanden, sperrten ihre Gehilfen unter Tarifbruch aus. Bei einer vor dem Einigungsamt stattgefundenen Verhandlung mußten sie sich bereit erklären, die Aussperrung zurückzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Aussperrung noch weiter um sich greift. Der Arbeitgeberverband will die Gehilfenorganisation durch die Aussperrung zwingen, einen bedeutend verschlechterten Tarif anzunehmen. Ein Hauptgrund des Widerstandes der Arbeiter gegen den neuen Tarif war die Nichtaufnahme der Arbeiterinnenlöhne in denselben. Im Münchener Tapezierergewerbe sind eine größere Anzahl Frauen und Mädchen als Männerinnen beschäftigt. Während nun für die männlichen Arbeiter längst ein Vertrag bestand, wollten sich die Unternehmer an eine tarifliche Regelung der weiblichen Arbeitslöhne durchaus nicht gewöhnen. Hoffentlich wird es im Kampf, der übrigens für die Arbeiter sehr günstig steht, den Leberproben klar gemacht, daß auch die Frau ein gleichberechtigtes Wesen ist. Die Münchener Tapezierer sind zu 90 Prozent organisiert und sehen mit Ruhe den weiteren Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes entgegen. — Zugug ist von München streng ferngehalten.

Aus Industrie und Handel.

Mehlpreisfrage.

Unter den Steuerprojekten der konservativ-liberalen Majorität der Finanzkommission befindet sich auch die Mühlenumsatzsteuer. Von früher her ist eine solche Steuer auf die Mühlen, die sich mit der Größe ihres Umsatzes unproportionalmäßig steigert, noch in sehr schlechter Erinnerung. Nach dem Vorschlag der Kommission beginnt die Steuer mit einem Pfennig pro Tonne, beträgt aber bei einem Jahresverbrauch von 90 000 Tonnen und darüber 12,50 M. Also eine ausgesprochene Erdrosselungssteuer des Großgewerbes. Mit einem ähnlichen Steuergesetz für Mühlenumsatz hat einmal der bayerische Staat sehr schlechte Geschäfte gemacht. Als die Ludwigs-hafener Walzmühle vor mehreren Jahren abgebrannt war, drohte die Verwallung der Mühle, das Werk auf dem gegenüberliegenden badischen Rheinufer zu errichten. Um die Auswanderung eines so kräftigen Steuergählers aus Bayern zu verhindern, mußten die Bestimmungen der Mühlenumsatzsteuer abgeändert werden. Die Verlegung einer anderen pfälzischen Großhandelsmühle auf heftiges Gebiet konnte dagegen nicht verhindert werden. Wenn man sich diese schlechte Erfahrung der Vergangenheit vor Augen hält, so wird man auch von der Wirkung der jetzt vorgeschlagenen Umsatzsteuer auf die Großmühlen keine guten Folgen erwarten können. Um die Steuer aufzubringen, würden die Handelsmühlen den Mehlpreis heraufsetzen. Das ist eine Perspektive, die gerade bei den gegenwärtigen Preisen für Brotgetreide und den schlechten Aussichten für die nächste Ernte einen nicht gerade gelinden Schauer erwecken muß. — Das heißt nur bei den Konsumenten; bei den Junkern entsprechen solche Aussichten ja einem Zweck ihrer Wirtschaftspolitik: des Volkes Not ist ihre Lust!

Konkursstatistik. Nach der vorläufigen Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im ersten Vierteljahr 1909 im Deutschen Reich 3221 neue Konkurse zur Zählung, gegen 3189 im ersten Vierteljahr 1908. Es wurden 618 Anträge auf Konkursöffnung wegen Massenbankrotts abgewiesen und 2008 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte in 1584 Fällen der Gemeinschuldner die Konkursöffnung beantragt.

Keine Preislenkung für Feinbleche. Eine Besprechung von Vertretern der Feinblechwerke kam zu dem Ergebnis, daß Weiterverhandlungen zwecks Herbeiführung einer Preislenkung aussichtslos seien.

Kohleneinfuhr. Im Mai dieses Jahres wurden aus England 742 450 Tonnen Kohlen eingeführt, gegen 695 677 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamteinfuhr Deutschlands an Steinkohlen stellt sich auf 1 105 767 Tonnen gegen 1 076 687 Tonnen im Vorjahre. Von der Juniabgabe, die insgesamt rund 120 000 Tonnen ausmacht, entfallen fast 47 000 Tonnen auf England.

Dividenden. Die Generalversammlung der Gemischen Fabrik Grünau Landeshof u. Meyer Aktiengesellschaft in Grünau setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. — Die Aktionäre der Juckerfabrik Köhlsdorf erhalten ebenfalls 10 Proz. — Die gleiche Rente stoben die Papiere der Niederlausitzer Kohlenwerke Aktiengesellschaft ab.

Industrielle Auswanderung.

Wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, steht die Badische Anilin- und Sodafabrik mit dem Marquis Cornaggia in Mailand wegen Errichtung einer Luftsalpeterfabrik in Verbindung. Es soll die Società Anonima per la Fabricazione di Nitrate mit 12 Millionen Lire Aktienkapital unter Beteiligung deutscher und italienischer Banken gegründet und zunächst der Ausbau von 80 000 Pferdekraften in Angriff genommen werden. Ferner ist beabsichtigt, bei Benutzung der Patente der Ludwigshafener Gesellschaft unter Beteiligung der Società Generale per la Cyanamide in Rom eine Luftsalpeterfabrik mit geeigneter Wasserkraft in Dalmatien zu errichten. Das für Neugründung erforderliche Kapital sei bereits von zwei Seiten zur Verfügung gestellt.

Zobber-Gewinn. Aus New York wird berichtet, bei der von ihm infizierten Haufe am Mai-Weizenmarkt habe J. A. Pattens bereits 3 1/2 Millionen Dollar „verdient“. Im Besitze Pattens sollen sich aber auch noch etwa 3 000 000 Bushel Weizen befinden, an denen er ebenfalls einen großen Nutzen erzielen dürfte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Aussperrung in Hamburg.

Hamburg, 9. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der heutige Entscheidungstag hat dem Baugewerbeverein ein arge Enttäuschung gebracht. Nach der Ankündigung sollte eine Generalaussperrung sämtlicher Baubranchen stattfinden. Die Bautischlermeister und Malermeister lehnten die Aussperrung ab, um nicht tarifbrüchig zu werden. Auch die Zahl der Aussperrten ist zurückgegangen. Neue Bewilligungen sind hinzugekommen. Aussperrt sind nach genauen Feststellungen: Maurer und Betonarbeiter 3008, Bauhilfsarbeiter 1787, Zimmerer 1347, zu neuen und alten Bedingungen arbeiten 2400 Maurer.

5 Millionen Dollar Strafe.

New York, 9. Juni. (N. Y.) In einem auf Verlegung des Antitrustgesetzes basierenden Zivilprozess zahlte die American Sugar Refining Compagnie über 5 Millionen Dollar. Die Klage involvierte rund 30 Millionen Dollar.

Genossenschaftsbewegung und Klassenfrieden.

Wiederholt haben wir betont, daß nur eine Genossenschaftsbewegung, die von sozialistischem Geiste erfüllt ist, für die Arbeiterklasse von großem Nutzen sein kann.

Dennoch glauben wir, einem uns aus Genossenschaftskreisen zugehenden Artikel die Aufnahme nicht verweigern zu dürfen.

„Nummer 8 des „Genossenschaftlichen Volksblattes“ bringt einen Auszug aus einem Artikel der Nummer 8 der „Metallarbeiter-Zeitung“, in dem behauptet wird, die Genossenschaftsbewegung habe neben der politischen Neutralität auch fern vom Klassenkampf zu stehen.

Unsere Genossenschaftsbewegung ist eine Klassenbewegung in reiner Form, viel reiner noch als unsere politische Arbeiterbewegung, die ebenfalls auf der Basis des Klassenkampfes ruht.

Ein Zukunftsbild für ein hochentwickeltes Genossenschaftswesen — nichts weiter! Denn in der Praxis sieht doch die Entwicklung des modernen Genossenschaftswesens ganz anders aus.

Wenn man die Genossenschaft im allgemeinen Sinne aufsaßt, dann ist sie sicher eine gemeinsame Wirtschaftsbewegung, die den Interessen aller Klassen dienen kann.

Kleines feuilleton.

Zum Abschied schreibt die trefflich geleitete Zeitschrift „Kunst und Künstler“ in ihrem jüngsten Heft: „Mit resignierender Beschränkung verzeichnen wir die Tatsache, daß Hugo v. Tschudi die Nationalgalerie nun doch verläßt, um einem Ruf nach München zu folgen.“

Lichtfallen für schädliche Insekten. Die Vernichtung schädlicher Waldinsekten, besonders des forstschädlichen Kiefernspanners, durch elektrisches Licht ist bei Pittau in Sachsen mit Erfolg probiert worden.

werbetreibenden und Landwirten dazu benutzt wird, sich ganz wesentliche Vorteile beim Ein- und Verkauf ihrer Produkte zu verschaffen, ist sie allerdings ein Mittel, die heutige Klassengesellschaft zu erhalten.

Nun sagt der Artikelschreiber: die Genossenschaftsbewegung enthält das Element der künftigen Einigung aller Klassen. Ehe sich aber die Einigung vollziehen kann, muß doch erst eine Auflösung, eine Zerlegung der bürgerlichen Klasse vorgehen.

Ferner bezeichnet der Klassenfriedensartikelschreiber die Genossenschaft zwar als wesensverwandt mit dem Sozialismus, aber ein Werkzeug des Klassenkampfes könne sie nicht werden.

Unverständlich ist, wie es dem „Genossenschaftlichen Volksblatt“ möglich ist, diese Ansichten zu den seinigen zu machen.

Dem Schreiber und den Befürwortern des Klassenfriedensartikels ist die Broschüre: „Ein Vortrag von Heinrich Dethien, Generalsekretär der Rabattsparevereine Deutschlands, gehalten 1907 auf dem Verbandstage in München“, zur Lectüre zu empfehlen.

Wogenlampen, die gewissermaßen als Zummelplatz für die herbeigelockten Insekten dienen. Zur Vernichtung der Falter dient dann ein in unmittelbarer Nähe aufgestellter Ventilator (Zehnhor), vor dessen Ausblösendung ein Stück weitausgedrehter Drahtgaze ausgepannt war.

Die Frage nach der Urheimat des Menschengeschlechts ist noch nicht mit voller Sicherheit entschieden. Immer noch beruhen alle Annahmen darüber ausschließlich auf Wahrscheinlichkeitsbegriffen von mehr oder weniger Gewicht.

Die Polarreise einer Tonne. Eine Tonne, die vor neun Jahren von der Geographischen Gesellschaft zu Philadelphia nördlich der Beringstraße ausgelegt wurde und die so lange Zeit dem Druck des arktischen Eises widerstanden hat, ist jetzt wieder in den Besitz der genannten Gesellschaft gelangt.

Die Polarreise einer Tonne. Eine Tonne, die vor neun Jahren von der Geographischen Gesellschaft zu Philadelphia nördlich der Beringstraße ausgelegt wurde und die so lange Zeit dem Druck des arktischen Eises widerstanden hat, ist jetzt wieder in den Besitz der genannten Gesellschaft gelangt.

Arbeiterkonsumgenossenschaft einen viel gefährlicheren Gegner als in dem so sehr gehagten Warenhaus. Denn an das Warenhaus sind die Käufer nicht als Mitglieder gefesselt, deshalb besteht immer noch die Hoffnung, daß die Kunden wieder zurückkehren können.

Auch an Wirksamkeit kann ein Vorgehen auf genossenschaftlichem Gebiete dem gewerkschaftlichen Kampfe gleichkommen oder es kann ihn auch übertreffen. Denn streikende Arbeiter müssen schließlich nach beendetem Kampfe, ganz gleich, ob er mit oder ohne Erfolg geführt wurde, zu ihrem Ausbeuter zurückkehren.

Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung beweist auch, daß sie sich nicht immer so streng von allen Klassenkämpfen ferngehalten hat. Verwiesen sei nur auf England, auf den Kien-Genossenschaft der englischen Kohlenräder 1893.

Die naturgemäße Entwicklung von der Konsum- zur Produktionsgenossenschaft wird immer größere Wirkungen im Wirtschaftsleben auslösen und folglich eine immer gefährlichere Bedrohung hervorrufen. Dann wird neben dem Kaufmann und Krämer auch der Fabrikant und Kleinrentier den Kampf mit aufnehmen.

Die Vorlesungen im vorstehenden Artikel sollten unsere Genossen in der Konsumvereinsbewegung veranlassen, der irdigen Neutralitäts- und Friedensidee in den Konsumvereinen entgegenzutreten.

Die Gegner sehen eben, welche Gefahr ihnen erwächst, daß das Genossenschaftswesen ein Zukunftsgewächs ist, das allem Profitmachen für den einzelnen für immer ein Ende bereitet und auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt.

Die Vorlesungen im vorstehenden Artikel sollten unsere Genossen in der Konsumvereinsbewegung veranlassen, der irdigen Neutralitäts- und Friedensidee in den Konsumvereinen entgegenzutreten.

6. Verbandstag des deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Rünchen, 8. Juni. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. — Hierauf erstattete der Vorsitzende Schumann-Becklin den

Zeit und des Ortes der Auffindung. Die erste Tonne hat nun ihren Weg an die Küste der Insel Eödr in Norwegen gefunden und wurde der Gesellschaft von dem Polarforscher Kapitän Amundsen zurückgeliefert.

Humor und Satire. Wilderfärmer. Die Leute können es nicht verstehen, daß er Heinrich Heine verfloppete.

Es wird doch jeder Bürger ein Bild verlaufen oder verschlenken, bei dessen Anblick ihn das erfüllt... Wer könnte ihm das verdenken?

Wenn ich ein möbliertes Zimmer nehme, so sag ich zur Wirtin immer: Das Bild da — Sie wissen ja wohl, von wem — das tun Sie mir aus dem Zimmer!

Notizen. Theaterchronik. Im Kleinen Theater geht Sonnabend Ludwig Thomas Komödie „Moral“ zum 200. Male in Szene.

Rußlandchronik. Für das Gastspiel der Marcella Sembrich in der Gura-Oper am 17. und 21. Juni („Traviata“ und „Barbier von Sevilla“) ist der Vorverkauf im kgl. Opernhaus von 10 1/2 — 1 Uhr, bei Weichheim und im Invalidendank eröffnet.

Fritz Oberbed, einer der Worpstädter Landschaftsmaler, ist noch nicht 40 Jahre alt in der Nähe von Bremen gestorben. Gemeinsam mit Kollegen der Düsseldorf Kunstakademie (Woderjohn, Wackens, Bogeler) hatte der geborene Bremer vor Jahren in dem Dorfe Worpstede bei Bremen die bald bekannt gewordene Worpstoder Malerschule begründet.

Geschäftsbericht.

Der Redner gab an der Hand der gedruckt vorliegenden Jahrbücher für 1907 und 1908 ein anschauliches Bild der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes in den letzten zwei Jahren.

Wesentliches Interesse beanspruchen die durch die Lohnbewegungen errungenen Erfolge. Da übertragen die 1907 erzielten Erfolge weit die des Jahres 1908, was allerdings durch die Krise erklärlich ist.

Die durch die Lohnbewegungen im Jahre 1907 erzielte Lohn-erhöhung betrug für 21780 Beteiligte 66088,93 M. pro Woche. Das ergibt pro Woche und Beteiligten die Summe von 2,58 M. oder von 134,16 M. pro Jahr und Beteiligten.

Diesen materiellen Errungenschaften müssen selbstverständlich hinzugeordnet werden die Summen, welche sich aus der Reueinführung von Ueberstundenbezahlung bzw. Erhöhung dieser Lohnsätze sowie aus der Bezahlung von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, Prozenzen, Spesen usw. ergaben.

Tarifverträge hat der Transportarbeiterverband mit einer großen Zahl Unternehmer abgeschlossen. Im Jahre 1907 hatte er 175 Tarifabschlüsse für 1408 Betriebe und 11980 vertragsbeteiligte Arbeitnehmer zu verzeichnen.

Den Kassenbericht erstattete Kahler-Berlin, der den Kassenabschluss als günstig bezeichnete. Während im Jahre 1907 eine Einnahme von 1031532,34 M. erzielt wurde, betrug dieselbe 1908 = 1134227,00 M.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Lübecke-Magdeburg, der die zahlreichen beim Ausschuss eingelaufenen Beschwerden rekapitulierte, die aber meist interner Natur sind. Doch werden diese Beschwerden voraussichtlich länger den Verhandlung beschäftigen, so eine Beschwerde des früheren Gauleiters Zffel-Kiel, der sich gegen einen Beschluss wendet, wonach ihm die Möglichkeit, wieder Beamter zu werden, genommen ist.

In den Berichten des Vorstandes und des Ausschusses knüpfte sich eine rege Diskussion. Es sind für diese mehr als 40 Redner vorgemerkt. Nach längerer Debatte wurden die Verhandlungen vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

„Gefahren“ der Frauenbewegung.

Die „Post“ veröffentlicht seit einigen Monaten wiederholt Artikel, die verraten, wach große Angst und Sorge die „Postleute“ beherrscht von den Erfolgen unserer Agitation unter den Frauen.

Die „Post“ veröffentliche seit einigen Monaten wiederholt Artikel, die verraten, wach große Angst und Sorge die „Postleute“ beherrscht von den Erfolgen unserer Agitation unter den Frauen.

Derselbe Kapitalismus, mit dem die konservativen „Postleute“ ein Herz und eine Seele sind, hat diesen Zustand der Dinge geschaffen, nicht der energische Wille einzelner Herrschaftlichen. Die Frau des Mittel- und Kleinbürgertums kann infolge dieser Entwicklung heute ebenso wenig wie die weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse den Lebensunterhalt und Lebensinhalt in der Familie, in der Häuslichkeit finden, sie muß heutzutage außerhalb derselben, in der Öffentlichkeit, in der Gesellschaft suchen.

Ganz folgerichtig betrachten die „Postleute“ die Gewährung des politischen Vereins- und Versammlungsrechts als die erste Abschlagszahlung an die volle politische Gleichberechtigung der Frau.

In Ermangelung eines solchen starken Mannes jedoch müssen alle Behauptungen und Argumente gegen die politische Gleichstellung, die soziale Aufwertung und den freien wirtschaftlichen Wettbewerb der Frau erhalten. Mit Emphase wird erklärt: „Die Frau ist die Wehrpflicht nicht aus.“

Wie unerbittlich hier die Angst sich zeigt um die eigene Vorherrschaft in Amt und Würden! Und doch müssen die „Post“-Leute wissen, daß die Frauen nicht Vorherrschaft, sondern gleiches Recht verlangen. Ebenso ist ihnen genau bekannt, daß unzählige Frauen ihr Leben, ihr Herzblut hingeben müssen, nicht um Leben zu vernichten, sondern um der Gesellschaft das Kostbarste, das Höchste zu leisten.

Leben und Gesundheit, als die Kriege in der gleichen Zeit gefordert haben.

Die Stellung der „Post“-Leute den Frauen gegenüber, die „Throne zieren“ und damit über Männer herrschen, ist eine ganz andere. Die größten Lobeshymnen singt ihnen die „Post“. Eine Verküpfung dieser „Antiführung“ der Frauen würde ihr als Majestätsbeleidigung und als Kampf gegen das Gottesgnadenamt erscheinen.

In ihren Auslassungen hat die „Post“ wiederum gezeigt, daß sie der Scharfmacher und Mähdwärtler wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Frauenfrage ist. Da wir das Bewußtsein haben, daß die ökonomische Entwicklung so gut, wie sie in ihren Konsequenzen eine moderne Frauenfrage schafft, auch jene Kräfte erzeugt, die gleichzeitig mit allen übrigen sozialen Problemen der Gegenwart auch das der Frauenfrage lösen wird, so hätten wir das Scharfmacherlied der „Post“ unbeachtet lassen können.

Darum auf, Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, vergrößert die „Gefahren“ der Frauenbewegung, indem Ihr unablässig Mitglieder unserer Partei, Abonnenten unserer Presse werbt und damit die Totengräber für den Kapitalismus schafft!

Lebe und Widerstand „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 9 Uhr bei R. Eichhorn, Danziger Straße 88: Sitzung. Gäste willkommen.

Antiklerikaler Märchenbericht der kaiserlichen Kulturbüro-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktläden. Markttag: Freitag: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert.

Witterungsüberblick vom 9. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Wind-richtung, Windstärke. Rows include Hannover, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. Juni 1909. Gemäßigtes und veränderliches, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 8. 6., seit 7. 6. (am 7. 6.), Wasserstand, am 8. 6., seit 7. 6. (am 7. 6.). Rows include Remel, Tümmel, Regel, Weichsel, Oder, Frankfurt, Barthe, Rege, Elbe, Dredde, Berda, Magdeburg.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpenel. - *) höchster Wasserstand 419 cm zwischen 9 1/2 und 10 1/2 Uhr abends. - *) höchster Wasserstand 220 cm am 7. um 6 Uhr nachmittags.

Theater.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr. Königlich Opernhaus. Figaros Hochzeit. Königl. Schauspielhaus. Der Wenzel.

Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehe. Apollo. Carl Klein. Er oder Er. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfer Obrikkelt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bresters Millionen. Lustspiel in 4 Akten von Binckell Smith und Byron Ogley.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll). Gura-Oper. Gastspiel d'Andrade, Lilli Lohmann: Don Juan.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Lessing-Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfer Obrikkelt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bresters Millionen.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll). Gura-Oper. Gastspiel d'Andrade, Lilli Lohmann: Don Juan.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr. Königlich Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehe. Apollo. Carl Klein. Er oder Er. Spezialitäten.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfer Obrikkelt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bresters Millionen.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll). Gura-Oper. Gastspiel d'Andrade, Lilli Lohmann: Don Juan.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Lessing-Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Donnerstag, den 10. Juni. Anfang 8 Uhr. Neues Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Die Sprudelsee.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Walhalla. Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Täglich: Spezialitäten.

Partei-Angelegenheiten.

Wohlfriedrichstadt!
Druckerei-Nacharbeiter.

Sonntag, den 13. Juni, bei Julius Meyer, Dronenstraße 103:
Pahlmorgen. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Wieder-
Morgen. Gesangverein „Solidarität“. Zahlreiches Erscheinen
erwartet. Der Vorstand.

Stralau. Am Sonntag, den 13. Juni, findet ein Familien-
ausflug nach Sabotwa statt. 10 Pf.-Tour. Von da aus zu Fuß
nach Restaurant „Herdewald“. Treffpunkt früh 9 Uhr Bahnhof
Stralau-Kummelsburg, Bahnsteig B. Für Rückzügler Treffpunkt
1 Uhr ebendasselbst.

Berliner Nachrichten.

Uniformierte Musikanten.

Der Reiz für vielerlei Tusch, der namentlich nach dem
großen Kriege sich bei uns in oft recht närrischer Form kund-
gab, hat mit der Zeit erkleckliche Einbuße erlitten. Der
Erfahrungslampf, den die Zivilberufsmusiker gegen die
glänzend bezahlten Regimentsmusikanten bis auf den heutigen
Tag führen müssen, hat vielen die Augen geöffnet, die bisher
neben der bunten Uniform noch nicht das Schreckgespenst
sozialer Kollage auftauchen sahen. Und allmählich ist selbst
das weniger musikalischverständige Publikum aus instinktivem
musikalischen Gefühl dahintergekommen, daß unsere Militär-
kapellen zwar sehr Anerkennenswertes, aber keineswegs
besseres und mitunter sogar weniger Besseres leisten
als sehr viele Musikanten im simplen schwarzen Vratencock.
Ein sehr erheblicher Teil der Berliner und wohl auch der
Nichtberliner leidet freilich noch so hochgradig am Uniform-
koller, daß er das Ohrenmaß für nichtuniformierte Kapellen
vollständig verliert. Man hat früher das Experiment gemacht,
genau dieselbe Militärkapelle mit und ohne Uniform kon-
zertieren zu lassen, und der Erfolg war ein gänzlich ver-
schiedener. Das Ohr ließ sich täuschen vom Auge. Auf diese
geschäftliche Erkenntnis ist es vielleicht zurückzuführen, daß
Regimentskapellen öffentlich nur noch in Uniform spielen
dürfen. Ein gewisses Gegengewicht erhalten diese eigensichtigen
Bestrebungen neuerdings dadurch, daß man Zivilmusiker in
Phantasielostüme steckt. Aber es wirkt auf uns spottlustige
Berliner oft gar zu lächerlich, wenn Musikanten, deren Biene
vielleicht in der Aderstraße stand, sich als imitierte Bulgaren
oder Türken kostümieren.

Zu einer großen Vollständigkeit der Militärkapellen
haben nun von jeher auch die Dirigenten selbst viel bei-
getragen. Sie verstanden es, durch die Wahl ihrer Vorträge
die spießbürgerlichen, byzantinisch angehauchten Massen mit
patriotischem Klingklang und Schlachtmusik zu hypnotisieren,
und sie verschmähten auch nicht allerlei Mäpchen, die das
eigene liebe Ich möglichst in den Vordergrund stellen sollten.
Vielleicht keiner war so populär wie der alte, vor wenigen
Jahren als Dirigent zu den himmlischen Heerscharen
einberufene Musikdirektor Freese von den „Matkäsern“,
der das Bierglas noch tapferer schwang wie den Last-
stock. An ihm bewahrheitete sich so recht das Wort
von der „Musikantenlehre“. Man erzählt glaubhaft, daß der
tugelernde Kapellmeister einst infolge einer Wette mit
Offizieren ein Mädel Bayrisches auf einem Sitz vertilgte und
hinterher noch leidlich gut ein großes Konzert dirigierte. Er
war mit seiner Musik auch bei Hofe persona gratissima, da-
gegen bei der Kapelle geradezu verhaßt. Es kam ihm in
seiner Stimmung gar nicht darauf an, den Laststock mitten
zwischen die Musiker zu werfen oder eine Nummer ab-
zulassen und von vorn beginnen zu lassen. Auch die
modernen Musikmeister der Garde haben fast alle ihre kleinen
Eigenheiten und Tricks, um sich beim Publikum in Gunst zu
setzen. Da bedient sich einer nicht des silberbeschlagenen Last-
stockes aus Eisenblech, sondern einer Hosenluhrute, die er kurz vor
Beginn des Konzerts aus dem Garten schneidet. Ein zweiter
begreift das Publikum regelmäßig mit einem „Zuten Morgen,
meine Herrschaften“, was stets frenetischen Jubel auslöst.
Wieder ein anderer, den nicht mal männliche Schönheit aus-
zeichnet, wird von Backfischen, sitzengebliebenen Jungfrauen
und halbverrückten alten Weibern ebenso angehimmt wie ein
berühmter Tenorist. Es ist widerlich, wie diese Frauenleute
in der Pause seinen Stammpfay umlagern und den uniformierten
Herzensräuber mit Blumen bombardieren. Und den zeit-
gemähesten Trick befolgt ein anderer Laststockgeneral, der
in der schneidigen neuen Offiziersuniform durch Mäste
und Haltung täuschend den Kaiser kopiert. Der Mann wird
sicher noch mal Karriere machen, und das Königstreue,
militärfromme Bürgerpublikum überschüttet ihn, obwohl das
Spiel seiner Kapelle durchaus nicht auf olympischer Höhe
steht, mit Beifall. Schade, daß er gelegentlich die majestätische
Grandezza verliert und in eine Laststocktrajetie verfällt, die so
gar nichts Königliches an sich hat.

Das mächtige Anwachsen Groß-Berlins und die starke
Vermehrung seiner großen Vergnügungslotale hat auch der
Militärmusik ein gewisses Ziel gesetzt. Trotzdem sind die
Ansprüche dieser Kapellen, die bekanntlich nicht unter einem
bestimmten Satz spielen dürfen, immer höher geschraubt
worden, so daß nur allererste Lokale sich diesen Luxus leisten
können. Dadurch ist die Zivilmusik wieder mehr zu Ehren
gekommen. Man bemerkt sich endlich, daß das Volk zum
Volk gehört und daß das Militär, das dem Volk fast die
letzten Groschen aus der Tasche zieht, nicht dazu da sein soll,
um gleichwertige Berufsmitglieder des Zivilstandes in ihrer
Erwerbsfähigkeit schwer zu schädigen.

Aus der städtischen Tiefbaudepartamenten. Eine eingehende Er-
örterung entspann sich in der letzten Sitzung beim Punkt: Ueber-
tragung der Arbeiten für die Fundierung und den Hochbau der
unterirdischen Bedürfnisanstalt an der Schloßbrücke (am Zeug-
haus) und Bewilligung der Mehrkosten für diese Anstalt. Diese
Anstalt sollte ursprünglich 50 000 Mark kosten. Inzwischen hat
Charlottenburg zwei solcher Bedürfnisanstalten gebaut, wobei
sich herausgestellt hat, daß eine von diesen Anstalten rund 86 000 M.,
d. h. 36 000 M. mehr als veranschlagt, kostet, was in der Hauptsache
auf die hohen Kosten für die Wasserzuführung zurückzuführen ist.
Die beiden Charlottenburger Anstalten haben nicht weniger als
168 000 M. veranschlagt, d. h. 28 000 M. mehr wie für vier Anstalten
vorgesehen war. Die Tiefbaudepartament verhielt sich ablehnend
und bewilligte die Mehrkosten nicht.

Matkäserplage. Während in und um Berlin im Mai und Juni
kaum ein Exemplar der von der lieben Jugend mit großer Vorliebe
als Sommerport benutzten Spezies der Matkäser (Malolontha Fabr.)

zu sehen war und der Preis eines gemeinen Matkäsers an der
„Börse“ eine unerwartungsgläubige Höhe erreichte, wurde der Wildpart
bei Potsdam von Milliarden heimgesucht. Die alten und jungen
Eichen stehen fast vollständig kahl zwischen den Riefern. Dem Wild-
part ergeht es genau so wie dem Tiergarten. Raupen und Käfer
vernichten den besten Baumbestand, weil mit untauglichen Mitteln
diese Schädlinge bekämpft werden. Solange man nicht planmäßig
wie z. B. im Königl. Forstrevier an der Briefer, bei Jähldorf und
Wensickendorf, für den Vogelschutz sorgt, ist alle Mühe vergebens.
Selbst man durch Anbringen von zahlreichen Nistkästen usw.
und durch keine Schonungen usw. Brutstätten für Staare usw.
geschaffen hat, ist der Bestand der gesamten Vogelwelt im Norden in
ganz überraschender Weise vermehrt worden. In demselben Maße
hat sich aber auch eine Verminderung der schädlichen Insekten aller
Art gezeigt. Damit ist der Beweis erbracht, daß nichts lohnender
und müheloser ist als die geringe Fürsorge für den Vogelschutz,
wobon freilich im Tiergarten und Wildpart nur verdammt wenig zu
bemerkten ist.

Der „Abonnementverein von Dienstherrschaften für franke
Dienstboten“ wird, wie wir bereits mitteilten, heute abend um
8 Uhr im großen Saale der Philharmonie (Vernburger Straße
22 A bis B) die Versammlung vorsetzen, die am 30. April durch
einen schlaun Schachzug der schuldbehafteten Verwaltung so jäh
abgebrochen wurde.

In der Zwischenzeit haben die Rosenow, Mugdan und Cie.
raffiniert gearbeitet. Vor allen Dingen „informierten“ sie die ihnen
blind ergebene Presse, natürlich so einseitig, wie es von ihnen nur
zu erwarten war. Den Hauptton legten die biederen Herren auf
die bewußt falsche Erklärung, die Opposition gegen die standalose
Richtwirtschaft Rosenows und seiner Helfershelfer sei nichts als ein
sozialdemokratisches, ein politisches Mandier. Die Dreistigkeit
dieser Erklärung charakterisiert sich so recht erst durch den Umstand,
daß gerade Herr Rosenow in den letzten Tagen seinen ganzen per-
sönlichen Einfluß aufgebracht hat, um alle ihm ergebenden, ihm
politisch nahestehenden Persönlichkeiten als eine Art Schutz-
und Korruptionsgarde so zeitig wie möglich in die heutige Versam-
mlung zu entlocken. Ein Flugblatt vom 7. Juni, das Herrn Rosenow
und sein Geschäftsgespann zu bedenken sucht, zeigt diese
Rosenow'sche politische Ausschlagung der Angelegenheit mit
trefflicher Deutlichkeit und beweist zu gleicher Zeit, daß es in erster
Reihe materiell Interessierte (Klerge und Zahnärzte)
sind, die „voll und ganz“ hinter den Praktiken der bisherigen Ver-
waltung stehen.

Kurz und gut: wie skeptisch wir auch von bürgerlichen Organi-
sationen à la „Abonnementverein“ denken mögen, so glauben wir
doch, daß die Mehrheit der Mitglieder heute abend genügend An-
standsgesühl ausbringen wird, um an die Stelle des Rosenow'schen
Regimes ein System der Klarheit und Lauterkeit zu
setzen.

Fahrpreisreduktion. Löst man in Friedrichshagen eine Fahrkarte
3. Klasse nach Nikolassee, so hat man dafür 65 Pf. zu bezahlen.
Man kann aber 5 Pf. sparen, wenn man nur eine Fahrkarte bis
Grünwald à 40 Pf. löst und in Nikolassee für die Strecke Grün-
wald-Nikolassee 20 Pf. nachzahlt. Woher der Unterschied, darüber
konnten die Beamten keine Auskunft geben.

Dem Trost am Grabe. Ueber den Hausdiener Gallin,
der zwischen Bernsdorf und Stolpe auf den Gleisen der Nordbahn
tot aufgefunden worden war, meldeten wir, die Obduktion der Leiche
habe ergeben, daß er freiwillig durch Selbstmord aus dem Leben
geschieden sei. Selbstmörder sind den meisten Pastoren
ein Greuel, und so scheint denn auch der Pastor, der bei der Ver-
erdigung Gallins auf Wunsch der Mutter des Verstorbenen mitwirkte,
sich seine Gedanken darüber gemacht zu haben, ob er an der Gruft
dieses Unglücklichen sprechen dürfe. Personen, die auf dem Friedhofe
zu Stolpe der Verdigung Gallins bewohnten, teilen uns nach-
träglich mit, daß der Pastor, von dem die tiefgebeugte Mutter Trost
am Grabe erwartete, in seiner Leichenpredigt jene Gedanken angedeutet
habe. Er habe bemerkt, daß Gallin selber Hand an sich gelegt habe,
und habe dann hinzugefügt, daß er, der Pastor, nicht an dieser
Stelle stehen dürfe, wenn er wähe, daß
hier ein Selbstmörder zu Grabe getragen werde.
Es ist möglich, daß der Herr Pastor die ihres Sohnes beraubte
Mutter nur über ihr schweres Leid hinwegtrösten und ihr den
schmerzlichen Gedanken an einen Selbstmord des so früh Verstorbenen
andreden wollte. Aber dann wäre es wirklich nicht nötig gewesen,
sie in der Predigt auch noch daran zu erinnern, daß Pastoren
einen Selbstmörder die kirchlichen Ehrungen zu verweigern pflegen.
Nimm es einer vor der offenen Gruft stehenden Mutter ein Trost
sein, durch den Pastor in diesem Augenblick förmlich darauf
gestoßen zu werden, daß der Kirche und ihren Pastoren
ein Selbstmörder sozusagen als Ausgestoßener gilt? Wenn
die trauernde Mutter des Hausdieners Gallin selber davon
überzeugt sein sollte, daß der Sohn verzweifelt seinem
Leben ein Ende gemacht habe, so wird sie es viel-
leicht als ein Glück ansehen, daß wenigstens der Herr Pastor das
nicht glaubt. Denn glaubte auch er es, so hätte er ja auf ihre
Bitte um Trost am Grabe ihr sagen müssen, daß nach den An-
schauungen der Kirche ihr unglücklicher Sohn geringerer Ehren
wert sei als andere Tote. Solche Unduldsamkeit der Ver-
storbener des Gotteswortes hat schon manchem, der bis dahin zur
Kirche gehalten hatte, ganz plötzlich die Augen geöffnet.

Beim Wurstmachen geriet gestern nachmittag der Fleischergeselle
Affen unter ein Wiegemeßer und erlitt dabei entsetzliche Verletzungen.
A., der bei dem Fleischmeister Leber, Chausseest. 110, bedienstet
ist, war mit der Herstellung von Fleischwürst beschäftigt und stand
am Wiegemeß, als plötzlich eines der schweren Wiegemeßer sich löste
und herabschrte. Das Eisenstück fiel dem Gesellen gegen den Kopf
und dann mit der Schneide auf beide Arme, wobei ihm das linke
Ellenbogen- und rechte Handgelenk durchgeschnitten wurden; außerdem
erlitt er schwere Kopfverletzungen. A. wurde nach der Unfallstation
in der Eichendorffstraße gebracht, wo ihm die Wunden vernäht
wurden. Da durch starken Blutverlust Gefahr für das Leben des
Verunglückten bestand, wurde er nach dem Rudolf-Wirchow-Kranken-
haus übergeführt.

Von einer Lokomotive erfasst und schwer verletzt wurde gestern
mittag auf den Gleisen der Hamburger Bahn an der Döberitzer
Heerstrassenbrücke der Zimmermann August Ernst E., der bei den
Quararbeiten für den neuen Vorortbahnhof beschäftigt war, trat un-
mittelbar vor einer Rangiermaschine, deren Annäherung er nicht
bemerkt hatte, auf das Gleis, wurde von einem Puffer erfasst und
etwa vier Meter weit zur Seite geschleudert. Ernst erlitt schwere
Kopfverletzungen und Quetschungen und mußte nach dem Kranken-
haus Bestend übergeführt werden.

Schwere Verletzungen erlitten zwei Personen beim Betriebe
einer amerikanischen Schaufel. Der Kaufmann Gumpert hatte mit
seinen Angehörigen und deren befreundeten Familien den Ausblick
der Brauerei Friedrichshagen besucht. Die 17jährige Tochter des G.
begab sich in Begleitung des Kaufmanns Valsöfer nach einer im
Garten befindlichen amerikanischen Schaufel und nahm in einen der
beweglichen Kästen Platz. Kaum war die Schaufel in Schwung ge-
raten, als sich plötzlich eine der Stützstangen löste, Fräulein G. auf
die Schultern fiel und zurückprallend über die Schutzbarriere des
Platzes flog. Das schwere zwei Meter lange Eisenstück traf den
an der Barriere stehenden V. am rechten Oberarm und bohrte
sich durch das Fleisch, so daß die Spitze der Stange auf der
entgegengesetzten Seite herausdrang. Nur mit großen Schwierig-
keiten konnte das Eisenstück aus der furchtbaren Wunde entfernt
werden. Der Schwerverletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus
am Friedrichshagen übergeführt. Fräulein G., die eine erhebliche
Kontusion an der Schulter davongetragen hatte, konnte nach der
elsterlichen Wohnung gebracht werden. Nach einer Schauptung,
deren Nichtigkeit durch polizeiliche Prüfungen zu beweisen ist, soll
die Eisenstange schon seit mehreren Tagen lose und nur mit einem
Bindfaden befestigt gewesen sein.

In Sachen des Raubmordes auf den Geldbrieftäger Eulenburg
ist zu berichten, daß der Schneider Drechsler, der sich selbst und den
Handlungsgehilfen Kaiser der Tat bezichtigte, jetzt erklärt, von nichts
zu wissen, und den wüden Mord zu spielen sucht.

Wer kennt die Tote? Am 8. d. Mts. nachmittags gegen 2 Uhr
wurde in der Prenzlauer Allee eine ungefähr 60 Jahre alte un-
bekannte Frauensperson von einem Automobil überfahren und nach
dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, woselbst sie bald nach
ihrer Einlieferung verstarb. Sie war bekleidet mit gelbbraunem
Strohhut mit Federn und Blumen, grünlcher Bluse, rotbraunem
Rock, braunen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen und trug einen
schwarzen Regenschirm sowie einen gelblanten Pompadour bei sich.
Personen, die über die Persönlichkeit der Unbekannten irgend welche
Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der
Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu
den Akten 2029 IV. 59. 09 mitzuteilen.

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter. Am Sonntag, den
13. Juni: Geologischer Ausflug Erkner-Rüdersdorf-Strausberg.
Treffpunkt früh 8 Uhr Bahnhof Erkner. Rückzügler 12 Uhr Rüders-
dorf auf der Kreuzbrücke. Eintritt in die Kallbrücke 20 statt 50 Pf.
Gäste willkommen.

Das Goldene Notorrad wird am kommenden Sonntag im
Sportpark Steglitz ausgefahren.

Bei dem Frühkonzert, das am 1. Pfingstfeiertag in Ludwigs
Viktorgarten in Treptow und bei dem, das von dem Gesangsverein
„Vereiniger Sängerkorps Wedding“ in der Vordraueri Chausseestraße
abgehalten wurde, sind einige Gegenstände gefunden worden, im
ersteren Falle eine Brosche, die im Bureau des Waldvereins Stra-
lauer Platz 1/2, im zweiten Falle ein Stief mit silberner Kräfte,
der bei Weiland, Sparrstr. 10 III, abzuholen ist.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein neues Dekorationsstück für ihre Arbeiterfürsorge hat sich
die Stadtverwaltung in Charlottenburg zugelegt. Wie wir schon
mitteilten, gelangt mit der Neugestaltung der Beamtengehälter
und Arbeiterlöhne der im Dienste der Stadt tätigen Personen auch
eine sogenannte Familienzulage zur Einführung. So
glücklich dieser Gedanke an sich ist, so unglücklich sind die Bestim-
mungen, auf Grund welcher die Stadt diese Zulage gewährt. Einmal
steht den Interessenten kein Rechtsanspruch auf diesen
Gehaltszuschuß zu und zum zweiten muß jeder einzelne, der die
erforderliche Kinderzahl erreicht hat, um die Gewährung dieser
Zulage besonders einkommen. Die Familienzulage selbst beginnt
erst beim vierten Kinde. Sie wird Beamten und Arbeitern der
Stadt gewährt. Anscheinend sogar auch in gleichen Höhen. Aber
nur anscheinend! In der Tat wird mit den prunkenden Sähen
den Arbeitern aber nur blauer Dunst vorgemacht. Sie bleiben trotz
der anscheinenden Gleichheit mit den Beamten sehr weit hinter
denselben zurück.

Die Herren im Charlottenburger Magistrat und auch die
„Liberalen“ in der Stadtverordnetenversammlung nehmen es
immer sehr krumm, wenn man behauptet, daß ihre Fürsorge in
erster Linie den Beamten gehöre, die Arbeiter kämen weit dahinter.
Wie wenig Ursache die Herren zu dieser unnützen Erregung haben,
können wir an der Hand der Bestimmungen der Familienzulagen
zeigen.

Die Beamten sollen erhalten: Bei vier Kindern jährlich
150 M., bei fünf Kindern 300 M., bei sechs Kindern 450 M. und
wenn sie über sechs Kinder haben 600 M.
Die Arbeiter dagegen bekommen keine festen Sätze, sondern
ihnen kann gezahlt werden: bei vier Kindern 5 Prozent des
regelmäßigen Arbeitsverdienstes, bei fünf Kindern 10 Prozent
des regelmäßigen Arbeitslohnes, aber nicht über 300 M. jährlich,
bei sechs Kindern 15 Prozent des regelmäßigen Arbeitslohnes, jedoch
nicht über 450 M., und bei mehr als sechs Kindern 20 Prozent des
regelmäßigen Arbeitslohnes, aber höchstens 600 M.

Auf den ersten Blick können die gleichen Höchstzahlen bei Be-
amten und Arbeitern bescheidend wirken und den Anschein völliger
Gleichheit erwecken. In Wirklichkeit besteht jedoch zwischen den
Familienzulagen der Beamten und der Arbeiter eine Differenz-
stärkung, die kolossal aufreizend wirken muß. Denn wenn auch be-
stimmt ist, daß jede Familienzulage mindestens 150 M. betragen
muß, so ist an die Erreichung der Höchstgrenzen für die Arbeiter
überhaupt nicht zu denken.

Es gibt in Charlottenburg noch städtische ständige Arbeiter,
die — auch nach den beabsichtigten Neuregulierungen der Löhne
für Betriebsarbeiter — bei einem Stundenlohn von 28 Pf. ar-
beiten. Selbst nach zehn Jahren kommen diese Arbeiter nicht auf
einen Jahresverdienst von 961 M. Für diese Arbeiter würde in
den ersten drei Klassen der Familienzulage die Prozentberechnung
ganz überflüssig durch den Zwangsmindestsatz von 150 M. werden.
Und erst in der vierten Klasse, d. h. wenn dieser Arbeiter über sechs
Kinder hat, könnte er 198,20 M. Familienzulage erhalten! Also
an die 600 M., die jeder Beamte mit mehr als sechs Kindern ohne
weiteres bekommt, darf der Arbeiter gar nicht denken. Er darf selbst
dann einmal nicht daran denken, wenn er zu den best be-
zahlten Arbeitern gehört. Nehmen wir die Feuerweh-
männer an. Diese „ständigen Arbeiter“ bringen es bis auf
2220 M. in 10 Jahren. Im allergeringsten Falle würde
also ein Feuerwehmann mit fünf Kindern ansatz der in Aussicht
gestellten 300 M. nur 222 M., bei sechs Kindern ansatz 450 M., nur
333 M. und bei mehr als sechs Kindern nicht 600 M., sondern nur
444 M. Familienzulage erhalten.

So stehen die schönen Zahlen für die Arbeiter tatsächlich nur
als dekorative Kulisse da, hinter deren flendenbendem Brum Magistrat
und Stadtverordnetenmehrheit ihre um so größere und weiter-
reichende, einseitige Vereinnahmung gegen die Beamten verstanden.
Und da sage noch einer, daß das keine „Arbeiterfreundlichkeit“ sei.

Ja, dieser geradezu fanatische Gang, die Arbeiter um himmels-
willen immer einige Klaster unter den Beamten zu halten, hat
diese „Arbeiterfreunde“ noch zu einem weiteren Raffinement bei
der Berechnung der Arbeiter-Familienzulage getrieben. Es heißt,
dieselbe wird prozentual nur von dem regelmäßigen Arbeits-
lohn berechnet. Das heißt, die durch Ueberstundenarbeit
erlangten Lohnbeiträge bleiben bei dieser Be-
rechnung außer Ansatz. Das ist eine himmelschreiende

Ungetreue gegen die Arbeiter! Während ihnen bei der Steuer-
veranlagung jeder Pfennig Lohn angerechnet wird, läßt man
hier, wobei der Ueberstundenverdienst für sie einen Vorteil haben
könnte, denselben außer Betracht. Und das nennt sich Arbeiter-
freundlichkeit!

Aber die Arbeiter mögen sich dafür bei dem Magistrat und
nicht minder bei den „Liberalen“ bedanken. War die Magistrats-
vorlage schon wenig günstig für die Arbeiter, die Herren vom
„unentwegten Freisinn“ und vom „Liberalismus“ haben die Sache
noch mehr verhandelt. Sie klapperten zusammen wie alte Garten-
schläuche, als die Arbeitervertreter die Anerkennung des Rechtsan-
spruchs auf die Familienzulage forderten, als unsere Stadtver-
ordneten die Aufhebung der Differenzierung von Beamten und
Arbeitern bei der Gewährung der Familienzulage verlangten. Sie,
die „Liberalen“ waren es, welche die Prozentberechnung der Zu-
lage für die Arbeiter noch komplizierter gestalteten. Sie freuten
mit ihren prunkenden Zahlen den Arbeitern am meisten Sand in
die Augen. Die Ablehnung aller weitergehenden sozialdemokrati-
schen Anträge ist allein der Niederstimmigkeit der Herren „Frei-
sinnigen“ zuzuschreiben.

Werden die städtischen Arbeiter nun endlich einmal verstehen
lernen, wie von dieser Seite aus ihren Interessen Verständnis
entgegengebracht wird? Mit der Familienzulage wird man wieder
gewaltig viel Ärger machen und sie als den Gipfelpunkt der ge-
meindlichen Arbeiterfürsorge preisen. Es ist — wie wir zu zeigen
versuchten — nicht so arg damit. Gewiß, die Arbeiter können auch
ein paar Mark mehr dadurch bekommen. Aber dafür hat man
ihnen auch von neuem gezeigt, daß sie als das „unruhige unsichere
Element“ viel weniger Anspruch darauf haben, gerecht behandelt
zu werden, als das „sichere, feste und treue Beamtenkorps“, welches
— so sagte Bürgermeister Matting — „ein fester Rückgrat unserer
Nation ist“.

Ob sich die städtischen Arbeiter dieser Behandlung auch bei den
im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen erinnern werden?

Schöneberg.

Eine schöne Einnahme für die Stadtkasse. 500 000 Mark Wert-
zuwachssteuer hat Schöneberg gestern mit einem Schlage ein-
genommen. Im Juni und Oktober vorigen Jahres hatten, wie das
„Schöneberger Tagblatt“ berichtet, die Schöneberger Familien Netto
und Ärtger und im Februar dieses Jahres die Familie Schoden der
Stadt Kaufofferten für im Südosten der Stadt, an der Tempelhofer
Grenze, gelegene Ländereien gemacht. Die Offerten hatten Geltung
bis Juli dieses Jahres. Das inzwischen die Wertzuwachssteuer-
ordnung in Schöneberg Geltung erlangt wurde, hatte allerdings
keiner der Verkäufer gedacht. So wurden sie durch die Fügigkeit,
mit der die neue Steuer Rechtskraft erlangte, überrascht und müssen
nun, nachdem die Stadtverordnetenversammlung gestern ihre Offerten
angenommen, insgesamt rund eine halbe Million Wertzuwachssteuer
zahlen.

In ein mysteriöses Dunkel gehüllt ist der in der Nacht vom
Montag zu Dienstag erfolgte Tod eines Offiziers vom Eisenbahn-
regiment, des Leutnants Erich v. Hülten. Der junge Offizier wurde
am Dienstag morgen gegen 8 Uhr in seiner in Schöneberg,
Chernsterstraße 43, belegenen Wohnung auf dem Bette liegend tot
aufgefunden. Anfänglich wurde Selbstmord angenommen, doch sind
im Laufe des gestrigen Tages Verdachtsmomente aufgetaucht,
die ohne weiteres nicht auf einen freiwilligen Tod
schließen lassen. Herr v. H. war ein lebenslustiger, in
rangierten Verhältnissen lebender Mann, der keinerlei Grund hatte,
sich das Leben zu nehmen. In der Nacht vom Montag zu Dienstag
war er mit einem Kameraden, der in demselben Hause wohnte, in
Berlin gewesen und lebten die beiden Herren gegen 5 Uhr morgens
in Begleitung zweier Mädchen in ihr Heim zurück. Die Offiziere
sind dann noch einige Stunden mit den Damen zusammen
gewesen, bis die Herren, von Müdigkeit übermannt, einschliefen.
Als der Kamerad des Leutnants im Schlaf morgens gegen 8 Uhr
erwachte, sah er, daß die Mädchen verschunden waren, und fand
Herrn v. H. tot auf seinem Bette liegend. Das zierliche 60 Mark ent-
haltende Portemonnaie fehlte. Auf dem Nachttisch des Leutnants
v. Hülten stand ein halb geleertes Glas mit einer gelblich hellen
Flüssigkeit. Dasselbe ist von der Behörde beschlagnahmt und die
Leiche behufs Obduktion nach der Leichenhalle des Garnisonlazarets
in Tempelhofer Allee überführt worden. Die beiden Mädchen sind noch
nicht ermittelt; von der Obduktion und der Untersuchung der
Flüssigkeit wird es abhängen, ob hier ein Mord vorliegt oder
ob der lebenslustige junge Offizier eines anderen Todes ge-
storben ist.

Ober-Schöneberg.

Wertzuwachssteuer. Auf der Tagesordnung der letzten Gemein-
devertreterversammlung stand unter anderem die Beschlußfassung über Ein-
führung der Wertzuwachssteuer. Nachdem sich die zum Zwecke der
Vorberatung eingesetzte Kommission nur mit Stimmengleichheit für
Einführung ausgesprochen, erschien die Annahme sehr zweifelhaft.
Mit 12 gegen 7 Stimmen ist dem auch die Angelegenheit
auf ein Jahr vertagt worden. Von den Befürwortern der
Steuer wurde vergeblich dargetan, daß doch irgendein
Ausweg gefunden werden müsse, um eine wesentliche Er-
höhung des Einkommensteuerschlags zu verhindern, welche
die überaus steuerschwache Bevölkerung des Ortes schwer treffen
würde. Aber was schert dies die Herren Fabrikdirektoren und
Bankiers, denen die Steuerzahlung weiter kein Unbehagen macht.
Es wird vielleicht gut sein, eine Erhöhung der Gewerbesteuer für
die oberen Klassen dieser Steuerart zu beantragen; dann wird es
sich zeigen, welcher Aufgabe entgegen wird. Es hat nach allen
Vorgängen nachgerade den Anschein, als ob in der Gemein-
devertretung nur Vertreter von Konzerngesellschaften säßen.

Steglitz.

Die hiesige freie Jugendorganisation hält am Sonnabend, den
12. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Käthe, Marksteinstr. 1, ihre Mit-
gliederversammlung ab, in der Genosse Wötcher über: „Die Ge-
schichte der deutschen Gewerkschaften“ sprechen wird. — Die Parteige-
nossen werden darauf hingewiesen, ihre zum größten Teil noch
nicht organisierten Söhne resp. Töchter unter 18 Jahren zum Bei-
tritt zu bewegen.

Friedenan.

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern auf dem Neubau
des Schulgebäudes zu Friedenan. Der Bau wird ausgeführt von
der Firma Burckhardt und steht bis zum nächsten bereits fertig. Die
Deckenausführung wird von der Firma Kleinert u. Lehrendt, G. m.
b. H. vollzogen. Bei der Fertigstellung einer Decke kamen kurz nach
Mittag mehrere Arbeiter mit Betonjäten und warfen dieselben zu
Boden; infolge des Anpralles brach die Schalung durch und wurden
drei Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Mit Hilfe der dort be-
schäftigten Maurer und Arbeiter wurden die Verunglückten unter
den Trümmern schwerverletzt hervorgezogen und nach dem Kranken-
hause übergeführt.

Der bedauerliche Unfall ist jedenfalls auf schlechte Absteifung
zurückzuführen.

Lübars-Waidmannslust.

In der Gemeindevertretung vom 7. Juni wurde das
Ortsstatut über die Benutzung der Gemeinde-Wasserleitung ange-
nommen; ebenso die hierauf bezügliche Gebührenordnung und
Polizeiverordnung. — Da das Umherlaufen der Hunde in be-
liebiger Weise unzulässig ist, wurde durch Polizeiverordnung das
sichtbare Tragen der Steuermarken für Hunde verfügt, wozu die
Gemeindevertretung als Amtsausschuh die Bewilligung gab.
Begen der Regelung des Desinfektionswesens ist mit dem Vorber
Derrn Waidmannslust in Hermsdorf vorläufig ein Vertrag abge-
schlossen worden, wonach derselbe für jede geleistete Arbeitsstunde
0,75 M. erhält. Der Gemeinde Hermsdorf werden für den Gebrauch
der Geräte 1 M. als Benutzungsgebühr zugestanden. Steuer-
pflichtige, welche ein Einkommen unter 900 M. haben, sind von der

Gebührenzahlung befreit. — Von Verein zur Hebung des Ge-
meindewohls zu Waidmannslust lag ein Gesuch um Erhaltung und
Aufbesserung der gärtnerischen Anlagen am Bahnhof und Ueber-
nahme der Kosten vor, welches jedoch mit Rücksicht auf den Bahn-
hofsbau abgelehnt wurde. Beschlossen wurde, die Anlagen
regelmäßig zu gießen. Der Herr Amts- und Gemeindevorsteher
Müller scheint es mit dem Verein zur Hebung der Mieten nicht
verderben zu wollen; denn noch vor der Abstimmung befragte er
den Herrn Seidler, welcher Mitglied obigen Vereins ist, ob er mit
dem Beschlusse zufrieden wäre.

Wittenau.

Selbstmordversuch eines Soldaten wegen Urlaubsüberschreitung.
In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch spielte sich auf dem Bahn-
hofs Wittenau ein aufregender Vorgang ab. Als ein aus Dranien-
burg kommender Vorortzug in die Halle einfuhr, warf sich plötzlich
ehe es jemand hindern konnte, ein Soldat vom 141. Infanterie-
Regiment in Grundzug vor die Maschine. Die Lokomotive rollte
über den Unglücklichen hinweg und riß ihm ein Bein und den linken
Arm vom Rumpf. Mit größter Mühe befreite man den Mann aus
seiner entsetzlichen Lage und brachte ihn in demselben Zuge nach dem
Stettiner Bahnhof, wo der antretende Bahnarzt ihm einen Verband
anlegte. Später wurde der Verunglückte nach dem Garnisonlazarett
in der Schanhorststraße gebracht; die Tat hat er aus Furcht vor
Strafe ausgeführt, weil er seinen Urlaub überschritten hatte. Den
Lokomotivführer trifft keine Schuld, da sich alles zu schnell abspielte,
um noch die Maschine rechtzeitig bremsen zu können.

Spandau.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am Montagnachmittag auf
dem Neubau des evangelischen Johannisfriedes. Dort waren die
Schlosser gerade mit dem Einbohren von Löchern in die eisernen
Träger beschäftigt, als ein Lehrling, wohl infolge eines Fehltrittes,
vom Boden bis ins Portiergeschloß stürzte. Der Bedauernswerte
wurde zunächst in schwerverletztem Zustande nach der Unfallstation
gebracht. Die uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, waren
die Stagen nicht abgedeckt. Sade der Verursachung wäre es
sich darum zu kümmern, daß die notwendigen Schutzvorrichtungen
angebracht werden. Die Paurearbeiten werden von der Firma
Wessel ausgeführt, die auch für die Abdeckung zu sorgen hatte.

Gerichts-Zeitung.

Die Feindschaft des Bürgermeisters von Merzig an der Saar
ist einem seinerzeit angesehenen Bürger dieses Ortes zum Ver-
hängnis geworden. — Johann Lauer betrieb früher eine
Wirtschaft in Merzig. Er ist im Jahre 1903 wegen Blutschande,
begangen mit seiner Schwiegermutter, zu sechs Monaten Gefängnis
vom Landgericht Trier verurteilt worden. Lauer behauptet, daß er
unschuldig verurteilt ist. Er hat deshalb, um ein Wieder-
aufnahmeverfahren durchsetzen zu können, eine Beschwerde
gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Schneider in
Trier an den preussischen Justizminister gerichtet. In dieser Be-
schwerdeschrift führt Lauer eine Reihe von Tatsachen an, welche
seiner Meinung nach dafür sprechen, daß Landgerichtsdirektor
Dr. Schneider als Vorsitzender der Strafkammer, welche ihn wegen
Blutschande verurteilte, voreingenommen und partiell verfahren sei.
Der Beschwerdeführer ersuchte den Justizminister, ein Disziplinar-
verfahren gegen Dr. Schneider einzuleiten. Die Beschwerdes-
schrift, die schließlich dem Landgerichtsdirektor Dr. Schneider
hochgradige Gefährdung nachsagt, ist Gegenstand einer Be-
leidigungsklage gegen Lauer, die gestern vor dem
Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde.

Zu seiner Rechtfertigung führte der Angeklagte Lauer im wesent-
lichen folgendes an: Er habe als höchstbesteuerte Bürger in Merzig
großen Einfluß unter der Einwohnerschaft gehabt. Der Bürger-
meister Thiel habe von ihm verlangt, er solle bei den
Gemeindevahlen seinen Einfluß zugunsten der dem Bürger-
meister gemehnten Kandidaten geltend machen. Das habe er nicht
getan, weil er in Gemeindeangelegenheiten nicht auf dem Stand-
punkt des Bürgermeisters stand. Die Gemeindevahlen seien nicht
im Sinne des Bürgermeisters ausgefallen. Seitdem sei der
Bürgermeister ihm feindselig gesinnt. Der Polizeidiener
Schreiner, dessen sich der Bürgermeister als Werkzeug gegen
ihn (Lauer) bediente, habe ihn seitdem oft wegen geringfügiger
Uebertretungen angezeigt. Er sei aber in den meisten Fällen vom
Schöffengericht in Merzig freigesprochen und der Polizeidiener sei
vom Gericht als unglaubwürdiger Zeuge bezeichnet worden. — Ein
in der Wirtschaft des Angeklagten beschäftigt gewesener, wegen
Diebstahl entlassener Schlächtergeselle Manewald habe dem Polizeidiener
Schreiner erzählt, in der Wirtschaft würden Unstimmigkeiten betrieben.
Daraufhin habe der Bürgermeister Thiel ein Verfahren auf Entziehung
der Konzession gegen ihn, den Angeklagten, eingeleitet. Anlässlich
dieses Verfahrens habe der Bürgermeister Thiel in seiner
Eigenschaft als Amtsanwalt den Schlächtergesellen Manewald ver-
nommen und ihn bereits im Vorverfahren seine Aussage be-
schwören lassen. Letzteres steht allemal fest. Der An-
geklagte meint, Thiel habe den ungewöhnlichen Fall einer Vereidigung
im Ermittlungsverfahren lediglich deshalb angewandt, um den
Manewald festzulegen mit einer Aussage, die dem Angeklagten un-
günstig war. Auf Verreiben des Bürgermeisters Thiel sei dann die
Anklage wegen Blutschande erhoben und lediglich auf das
Zeugnis des Manewald sei er, der Angeklagte, mit samt seiner
Schwiegermutter verurteilt worden. In diesem Prozeß habe der
Landgerichtsdirektor Dr. Schneider infolgedessen partiell
gehandelt, daß er einen Schutzzeugen des Angeklagten
in eine peinliche Situation brachte, indem er ihn veranlaßte, zuge-
ben, daß er, der Zeuge, vor 12 Jahren, als er unversehrtet und
die Schwiegermutter des Angeklagten Witwe war, mit dieser intim
verkehrt. Diese Aussage habe lediglich dazu gedient, Stimmung gegen
den Zeugen und damit auch gegen den Angeklagten zu machen. Die
Aussage des Zeugen Manewald sei in der Urteilsbegründung in
einer Weise zugunsten des Angeklagten verwendet worden, die mit
den tatsächlichen Verhältnissen des Zeugen nicht in Einklang ständen.
— Seine Ansicht, daß der Landgerichtsdirektor Dr. Schneider gegen
ihn partiell vorgegangen sei, erklärt der Angeklagte so: der Land-
gerichtsdirektor sei ein intimer Freund der Familie des
Bürgermeisters. Da dieser dem Angeklagten feindselig gesinnt
sei und seine Bestrafung wünsche, so habe der Landgerichtsdirektor
nach Möglichkeit auf die Bestrafung des Angeklagten hingewirkt.
Zum Beweise für die Richtigkeit dieser Annahme bezieht sich der
Angeklagte auf ein Gespräch mit einem Manne, dem er vor dem
Prozeß sagte, er könne nicht verurteilt werden, denn er sei in der
Lage, nachzuweisen, daß er zur Zeit, wo er die Straftat begangen
haben solle, gar nicht am Tatorte anwesend war. Dieser Mann,
ein Aufseher in einer dem Schwiegervater des Bürgermeisters ge-
hörenden Fabrik, habe darauf gesagt: Das mußt du ihnen
nicht sagen. Sie werden verurteilt, denn der Land-
gerichtsdirektor steht in freundschaftlichem Ver-
kehr mit dem Schwiegervater des Bürgermeisters.

Als eine weitere Ursache für die Feindschaft des Bürgermeisters
führte der Angeklagte an: Er habe von einem Mädchen ein Doku-
ment in Verwahrung bekommen. Der Bürgermeister habe ihn unter
Androhung einer Polizeistrafe zur Herausgabe des Dokuments
zwingen wollen, aber der Angeklagte habe den Bürgermeister des-
wegen angezeigt.

Der Verteidiger des Angeklagten im gegenwärtigen Be-
leidigungsprozeß, Rechtsanwalt Theodor Liebkecht,
berief sich zum Beweise für den guten Glauben des Angeklagten
in Bezug auf die Parteilichkeit des Landgerichtsdirektors Dr. Schneider
darauf, daß diese Ansicht auch in anderen Kreisen herrsche. Die
Rechtsanwälte in Trier hätten beschloffen, an den Landgerichtspräsidenten eine Kollektiv-
eingabe zu richten, um darzulegen, daß sie vor
dem Landgerichtsdirektor Dr. Schneider nicht
mehr plädieren würden, weil dieser die Ver-
handlungen partiell führe und weil er auch

als Schwurgerichtsvorsitzender die Geschworenen
durch die Art, wie er die Rechtsbelehrung erteile,
zuungunsten der Angeklagten zu beeinflussen
versuche.

Von einer Beweiserhebung sah das Gericht ab.
Der Amtsanwalt billigte dem Angeklagten zwar den Schutz
des § 193 zu, meinte aber, die Grenzen desselben seien weit über-
schritten, und beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.
Der Verteidiger legte in längerer Ausführungen dar:
Der Angeklagte habe ohne Zweifel in Wahrnehmung berechtigter
Interessen gehandelt und nicht die Absicht der Beleidigung gehabt.
In gutem Glauben habe er in seiner Beschwerdeschrift eine Reihe
von Tatsachen angeführt, um seine Annahme, der Landgerichtsdirektor
Dr. Schneider habe partiell gehandelt, zu begründen.
Deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Nur
eine einzige Stelle der Beschwerdeschrift könnte allenfalls als
formale Beleidigung angesehen werden. Hierfür sei eventuell eine
geringe Geldstrafe ausreichend.

Das Urteil des Gerichts ging dahin: Dem Angeklagten
stehe der Schutz des § 193 zur Seite. Es müsse betont werden,
daß hier nicht festzustellen war und nicht festgestellt ist, ob die Vor-
würfe, die der Angeklagte dem Landgerichtsdirektor Dr. Schneider
machte, objektiv berechtigt sind. Es sei nur festzustellen
gewesen, ob der Angeklagte in gutem Glauben die von
ihm angeführten Tatsachen vorgebracht habe. Daß er nicht
in gutem Glauben gehandelt habe, sei nicht erwiesen, es sprächen
sogar eine Reihe von Umständen für seinen guten Glauben, so der
freundschaftliche Verkehr des Landgerichtsdirektors mit dem Schwieger-
vater des Bürgermeisters, die Angaben des Fabrikbesizers, die
Vernehmung eines Zeugen über seinen früheren Verkehr mit der
Schwiegermutter des Angeklagten, sowie die Feindschaft des Bürger-
meisters gegen den Angeklagten. Der Angeklagte habe aber die
Schutzgrenzen des § 193 überschritten, indem er in seiner Beschwerde
sagte, es sei ein hoher Grad von Gefährdung, wenn ein Richter
zu Gericht sitze über den Feind einer mit ihm befreundeten Partei.
Das sei eine schwere Beleidigung des Richters, die nicht mit einer
Geldstrafe gefügt werden könne. Der Angeklagte sei deshalb zu
zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Beschwerdebuch wird dem Staatsbürger tatsächlich ähnlich
wie in Militärsachen illusorisch gemacht, wenn der Beschwerdeführer
gewärtigen muß, wegen der Beschwerde über den seiner Ansicht nach
vorhandenen Mißstand in Anklagezustand verfeht und gar mit Gefängnisstrafe
belegt zu werden. Daß ein Richter „beleidigt“ werden
kann, weil eine Partei in einer Beschwerde an der zuständigen Stelle
das vorbringt, was seines Erachtens zur Rechtsetzung der Be-
schwerde vorzubringen ist, ist mit dem allgemeinen Rechtsempfinden
unvereinbar.

Die Moral-Theologie des heiligen Alfons von Liguori vor dem Reichsgericht.

Das Landgericht Leipzig hat am 14. Januar den Verlags-
buchhändler Max Zieger von der Anklage der Verbreitung einer
unzüchtigen Schrift freigesprochen. Der ehemalige Franziskanerpater,
jetzige altkatholische Pfarrer Joseph Feil in Währich-Schönberg in
Oesterreich gehört zu den Gegnern der Liguori-Moral. Er
hat einige markante Stellen des Originalwerkes aus dem
lateinischen Urtexte übersetzt und mit Vorwort und An-
merkungen sowie Schlußwort versehen. Diese Schrift,
23 Seiten umfassend, ist beim Angeklagten Zieger er-
schienen. Die Anklage erklärte nun die ganze Arbeit für eine
unzüchtige Schrift, und zwar lediglich wegen des wörtlichen Abdrucks
einzelner Teile aus Liguori. Es handelt sich dabei um Instruktionen
für Beichtväter, in denen von allerlei Unzuchtigkeiten, Fleischsünden usw.
die Rede ist. Hierbei werden alle nur denkbaren Fälle des auf die
Geschlechtslust zurückzuführenden Verlehrs von Mann und Weib,
Weib mit Weib, Mensch mit Tier, Mann mit weiblicher Leiche, ja
sogar Mensch mit Teufel und die Onanie durchgesprochen. Das
Reichsgericht hat die Broschüre als ganzes betrachtet nicht als eine unzüch-
tige Schrift ansehen können. Der Verfasser halte die von der römischen
Kirche jetzt als gültig anerkannte Liguori-Moral für verwerflich und
erkläre in ihr eine Gefahr für die allgemeine Sittlichkeit. Aus der
Broschüre selbst ergebe sich deren Tendenz, welche darin bestehe,
durch die übersetzten Stellen einschläglich der darin vorkommenden
an sich unzüchtigen Stellen auf die Gefahren aufmerksam zu machen,
welche durch die in den übersetzten Stellen enthaltenen, noch Ansicht
des Verfassers auch jetzt von der römisch-katholischen Kirche
anerkannten Sittenlehren für die wahre Sittlichkeit ent-
stehen können. Die in der Schrift enthaltenen unzüchtigen Stellen
verfolgten nur den Zweck, Beweise für die aufgestellten,
von der Gegenpartei bekämpften Behauptungen zu erbringen.
Gerade um den Nachweis für die behauptete Unstimmigkeit
zu führen, wurden die unzüchtigen Stellen angeführt und hiermit
an den Pranger gestellt und gegeißelt.

Begen das freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft
Revision ein. Diese wurde am Montag in Uebereinstimmung
mit einem Antrage des Reichsanwalts vom Reichsgericht ver-
worfen.

Vermischtes.

Feuer in einer Bahnwerkstätte. Wie aus Darmstadt gemeldet
wird, brach vorgestern abend nach 9 Uhr in der längs des Personen-
bahnhofes der Main-Neckar-Bahn gelegenen Reparaturwerkstätte Feuer
aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und in kurzer Zeit
den südlichen Teil der Werkstätte zerstörte. Ein Werkmeister und ein
Feuerwehmann erlitten durch herabstürzende Balken Verletzungen.
Der Durchgangsverkehr wurde, da der Bahnhof selbst gefährdet war,
bei Rotbeleuchtung ausreiterhalten. Die Station war durch ein
Militärpicket gesperrt. Nur Reisende wurden durchgelassen. Erst um
12 1/2 Uhr nachts war der Brand beseitigt. Gestern vormittag
10 1/4 Uhr stürzte ein Schornstein auf der Brandstätte zusammen,
wobei zwei Schmiede verlegt wurden.

Erdbeben. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile
sind durch ein heftiges Erdbeben in dem Hafenort Copiapo viele
Häuser zerstört worden. Unter den Bewohnern herrscht Panik.

Durch ein starkes Erdbeben, so wird aus Saag tele-
graphiert, sind in Korintje im oberen Padang in der Nacht
vom 3. zum 4. Juni 230 Menschen ums Leben gekommen;
viele sind verletzt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz findet Vindiktische Nr. 3, zweiter
Hof, hinter Eingang, vier Treppen, 1000 Mark und 1000
wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochens 7 Uhr
Sonnabend beginnt die Ehrenkranz um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein
Wochens und eine Zahl als Verzeichnisse beizufügen. Briefliche Anträge
werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage
vergehen. Bitte Anfragen tragen man in der Ehrenkranz vor.

Von 46. 1. Die Wahl findet am Grund neuer Wahlen statt. 2. Dar-
über ist noch nicht entschieden. 3. Vorgang war gewählt im 3. Kreis im
6. und 7. Kreis. 4. Der Herr Landtagspräsident. — M. R. 1000.
Wahlrecht erhalten Sie in der Zentrale für Auswanderer, Schellstr. 4. —
M. R. 1000. Eschlagen entscheiden wir nicht. — Nummer 1890—1891.
Eine solche Maschine war bei der Firma Bading vorhanden, als noch dort
der „Bismarck“ hergestellt wurde. — M. R. 1000. Ja. — G. B. 1885.
Georg Bachhäuser, Hiltnerstr. 58. — Streifköpfe Dipsoldwalde. Die
Epre mündet bei Spandau in die Havel, diese bei Havelberg in die Elbe.
Letztere ergießt sich in die Nordsee. — Allgemeiner Arbeiterverein,
Pogern. 1. Wenden Sie sich unter Berufung auf uns an die „Pogerner
Post“. 2. Beide Ausdrücke sind gebräuchlich. — M. R. 1000. Rein.
— M. R. 36. Stellen Sie einen Antrag bei der Verleumdungsanstalt.
Es genügt das Vorhandensein von 200 Markten und die Invalidität. —
M. R. 63. Ja; aber auf Antrag wird Ihnen gefunden. — M. R. 6.
Haben Sie in der Tat die gepündeten Sachen verkauft oder verpachtet,
so haben Sie sich strafbar gemacht. Der Gerichtsvollzieher war durchaus
in seinem Recht. Er handelte lediglich seiner Instruktion entsprechend. —
M. R. 4. 1. Rein. 2. Rein. 3. Das ist geschickte Sachkenntnis und beruht
außerdem auf einem Annahmefehl. — G. B. 16. 1. Rein. 2. Ja.